Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburgische Volkszeitung
1918

286 (11.12.1918)

urn:nbn:de:gbv:45:1-88065

Visual Library

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Vechtaer Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.30 M., durch die Post frei ins Haus 2.58 M.; einmonatlich 1.15 M., durch die Post frei ins Haus 1.29 M. Einzelnummern 10 Pfg. Probenummern acht Tage gratis und franko.

Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Petitzeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Reklamezeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

[Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft" wird während der Kriegszeit nicht beigefügt.]

Nr. 286. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postscheckkonto: Hannover 7908. | **Vechta, Mittwoch, 11. Dezember 1918.** | Zweiggeschäftsst. i. Oldenburg: W. Barelmann, Achternstraße 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang

Das neue Deutschland.

„Sicherung der Grenze gegen Deutschland."

Lugano, 9. Dez. Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera" meldet: Die große Mehrheit der öffentlichen Meinung in Frankreich fordert eine Sicherung der Grenze gegen Deutschland im Sinne der Wiederherstellung derselben, wie sie ungefähr 1814 bestand, so daß die Erzbecken von Saarbrücken und Lauter gegenüber Karlsruhe zu Frankreich geschlagen würden. Weiter müßten die deutschen Provinzen links des Rheins neutralisiert werden. Die Teilnahme des Marschalls Foch und des englischen Generalstabschefs Wilson an den Verhandlungen in diesen Tagen in London werden als eine Gewähr angesehen, daß diese Forderungen von den Verbündeten anerkannt werden.

Gegen die christentumsfeindliche Politik

des preußischen Kultusministers Adolf Hoffmann nimmt jetzt auch die nationalliberale „Osn. Ztg." mit beachtenswerter Entschiedenheit Stellung; sie schreibt u. a.:

Herr Hoffmann **will die christlich-religiöse Grundlage zerstören**, mit der in Deutschland Schule und Staat durch jahrhundertelange Geschichte eng verwachsen sind. Er bekämpft die Kirche nicht dort, wo sie sich unbefugte Rechte anmaßt, er geht nicht im Namen der Toleranz gegen einen religiösen Zwang vor, der widerwillige Herzen und Köpfe in seinem Bann hält, sondern er tastete das an, was Unzähligen als religiöser Besitz teuer ist. So heißt bei ihm Trennung von Kirche und Staat nicht etwa eine behutsame Loslösung des Staates von etwaigen kirchlichen Funktionen, sondern eine Erschwerung und Unterdrückung des kirchlichen Kultus. Er will nicht den Staat von kirchlichen Verpflichtungen befreien, sondern das **Christentum** durch den **Atheismus** ersetzen. Dasselbe Ziel ist seinen Reformbestrebungen im Schulunterricht gesteckt. Seine Pläne zielen nicht darauf ab, den Konfessionsstreit und den religiösen Zwang der Erziehung der Jugend fern zu halten, sondern darauf, die Religion nach Möglichkeit aus der Jugenderziehung zu verbannen. Die Jugend soll nach seiner Ansicht nicht in christlichen Vorstellungen, sondern religionslos aufwachsen. . . . Man kann sich z. B. sehr wohl eine Lösung des Problems der Staatskirche denken, die dem Staat und der Kirche volle Selbständigkeit gibt, ohne doch in die Existenzbedingungen der Kirche scharf einzugreifen und ihre Wirkungsmöglichkeit zu gefährden. Aber um eine solche Erörterung handelt es sich im vorliegenden Falle nicht. Denn hier kommt es vor allen Dingen darauf an, daß von dem Vertreter einer Minderheit ohne jedes verfassungsmäßige Recht das **religiöse Empfinden einer großen Volksmehrheit mißachtet und verletzt wird.** Herr Adolf Hoffmann hat kein Recht und keine Befugnis, als Kulturdiktator über das preußische Volk zu herrschen und ihm seine religiösen Ansichten aufzuzwingen. Es ist sicher, daß sich bei weitem die Mehrheit unserer Bevölkerung mit dem Zustand innerlich verwachsen fühlt, wie er bis heute in Schule und Kirche geherrscht hat, daß sie jedenfalls eine radikale Umwälzung nicht will. Woher nimmt der preußische Kultusminister das Recht, diese Mehrheit ungefragt in ihrem religiösen Empfinden zu verletzen; wie kann er es verantworten, durch die Einsetzung der staatlichen Autorität unzählige preußische Staatsbürger in einen Gewissenskonflikt zu stürzen? Maßt er sich dieses Recht auf Grund der Revolution an, so irrt er sich gewaltig. Denn es kann niemals das Werk politischer Befreiung sein, eine Zwingburg für die Gewissen zu errichten.

Adolf Hoffmanns revolutionäre Gewaltpolitik.

TU Berlin, 9. Dez. In der gestrigen Versammlung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Friedrichshain verbreitete sich der Kultusminister Adolf Hoffmann über die Nationalversammlung wie folgt: Die Wahlen zur Nationalversammlung sind viel zu früh angesetzt. Bis zu dem bestimmten Termin kann ein großer Teil der vorderen Truppen noch nicht zurück sein. Die Errungenschaften der Revolution wird sich das Volk nicht wieder rauben lassen. **Ergeben die Wahlen keine sozialistische Mehrheit, dann muß die Nationalversammlung eben gesprengt und die Diktatur des Proletariats aufgerichtet werden. Jeder Parteiangehörige muß dann bereit sein, auf die Barrikade zu steigen und mit seinem Körper für die sozialistische Sache einzutreten.**

Eine Studentenwehr in Berlin.

TU. Berlin, 9. Dez. Auf Veranlassung von Soldaten der Berliner Michaelskriegshilfe sind etwa 100 Personen im Hotel Bristol festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht worden. Diese Festnahme stand im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer Studentenwehr, die sich ohne Billigung durch die Regierung gebildet hat, um für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Studentenwehr hat die Absicht, für den Fall eines Putsches jederzeit alarmbereit zu sein. Nach einem Verhör wurden alle Festgenommenen bis auf einen, den Führer der Studentenwehr, Referendar Dr. Sack, wieder freigegeben.

Keine konterrevolutionären Truppen in Berlin.

tu. Berlin, 9. Dez. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, hat die augenblickliche Truppenansammlung in der Nähe von Nikolassee eine durchaus harmlose Aufklärung gefunden. Es handelt sich um jenen Teil des Gardekorps, der in den nächsten Tagen in Berlin einziehen wird, und dessen Einzug eine kurze Verzögerung erleidet, weil ihm ein feierlicher Empfang bereitet werden sollte. Der Einmarsch, an dem auch ein aus allen deutschen Stämmen gebildetes Bataillon teilnimmt, beginnt Dienstag und dauert während der folgenden Tage an. Morgen findet ein feierlicher Empfang der Truppen durch die Reichs- und Stadtbehörden um 1 Uhr mittags vor dem Brandenburger Tor auf dem Pariser Platz statt.

tu. Berlin, 9. Dez. Henke fand die Vereidigung der einrückenden Truppen statt. Es hatte sich General Lequis mit den ihm unterstellten Kommandeuren und Soldatenräten am Rathause eingefunden. Die Vereidigung erfolgte auf die Republik und die vorläufige Regierung in die Hand des Volksbeauftragten Ebert.

Das Ultimatum Scheidemanns.

Berlin, 9. Dez. In seiner Rede vor der großen Versammlung in den Prachtsälen des Westens sagte Scheidemann u. a.: Die Regierung Ebert-Haase hat die schwerste Aufgabe zu lösen, die je in der Weltgeschichte einer Regierung gestellt war. Neunzig Prozent des Volkes stehen hinter ihr, und trotzdem sitzt diese Regierung Tag für Tag auf dem Pulverfaß. Das ist auf die Dauer ein absolut unmöglicher Zustand. (Lebhafte, allgemeine Zustimmung.) Die Folgen des gewissenlosen Treibens der kleinen Spartakusklique werden sein, daß wir in ein paar Wochen nichts mehr zu essen und die Franzosen und Engländer in Berlin haben. Die „sofortige Sozialisierung" nach Spartakusmanier würde die deutsche Industrie und den deutschen Handel so ruinieren, daß noch Kinder und Kindeskinder darunter zu leiden hätten. Das Treiben der Internationalisten in München, denen leider urteilslose Soldaten gefolgt sind, ist das Treiben einer gewissenlosen Räuberbande. (Stürmische Zustimmung.) Die Vorwürfe, daß wir in Berlin dem Treiben bewaffneter Banden mit verschränkten Armen zusehen, sind leider nicht ganz unberechtigt. **Ich erkläre, daß ich für meine Person diesen Zustand keine acht Tage mehr mitmache.** (Große anhaltende Bewegung.) Das sage ich natürlich nicht für das Kabinett, sondern nur für mich. Denn ich möchte nicht vergessen, daß wir überhaupt noch keinen Frieden, keine Verlängerung des Waffenstillstandes und kein Brot haben.

Als einzige Rettung aus dieser Wirrnis bezeichnete Scheidemann die schnellste Einberufung der Nationalversammlung. Er werde jubeln, wenn der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat einen viel früheren Termin als den 16. Februar festsetze. — Scheidemann schloß unter stürmischem Beifall mit den Worten: Die Regierung braucht Vertrauen und Macht, das deutsche Volk Einsicht und Vernunft. Wir wollen Frieden und Brot, keine Anarchie!

Amsterdam, 9. Dez. Scheidemann stand dem Vertreter des „Daily Expreß" Rede. Der Rat der Sechs sei nur eine vorläufige Einrichtung zur Führung der Geschäfte bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung. Die Vertreter für die Friedenskonferenz würden durch die gegenwärtige Regierung ernannt. Die Antwort auf die Frage, in welcher Weise Deutschland den Verbündeten für die Stetigkeit der jetzigen Regierung einstehe, lautete, eine Gewähr liege in der möglichst schleunigen Einberufung der Nationalversammlung. Zu der Frage, wie sich die Regierung zu der Frage des deutschen Kaisers stelle, meinte Scheidemann, ob ein Staatsgerichtshof eingesetzt werde, der alle am Ausbruch des Krieges Schuldigen aburteilen solle, werde gegenwärtig erwogen und durch die Nationalversammlung entschieden werden. Persönlich meinte er, der Kaiser sei schon genug gestraft; allein der Kern der Frage, namentlich der Anteil des Kaisers an der Anstiftung am Kriege, müsse genau ermittelt werden.

Die Hoffnungen und Pläne der Spartakusleute.

Berlin, 9. Dez. In den gestrigen Volksversammlungen der Spartakusleute erklärte Liebknecht, die Unruhebewegung in Berlin werde fortgesetzt werden, bis die gesamte Macht auf die Spartakusgruppe übergegangen sei. Es seien Waffen und Munition vorhanden, um auch mehrwöchige Kämpfe zu bestehen. Das neue Jahr werde Deutschland unter der Herrschaft der Soldaten- und Arbeiterräte und damit unter der des bewaffneten Proletariats finden.

In den Munitionsfabriken verlangt der Liebknecht-Anhang eine Kontrolle über den Bestand an Waffen und Munition und deren Auslieferung an eine zu bildende Kommission der Spartakusleute. **In mehreren Fabriken der Außenviertel haben die Spartakusleute sich bereits in den Besitz von Munition und Maschinengewehren gesetzt.**

Für die begonnene Woche sind in Großberlin wieder insgesamt 42 Massenversammlungen der Spartakusgruppe anberaumt. In einer Versammlung in Reinikendorf wurde am Sonnabend bekannt gegeben, daß die Matrosen der Flotte es übernommen haben, **russische Sowjetvertreter auf dem Schiffswege zur Organisierung der gesamten Bewegung nach Deutschland zu bringen.**

Ein Ausblick in den „Zukunftsstaat".

An Phantasie mangelt es den Genossen nicht. Dafür bietet die Tagung der A. S. R. Oldenburgs am 4. Dezember auch ein Bild. Genosse Geiger sagte in der Debatte u. a.: **Auch die Kirche müsse sich daran gewöhnen, ihre Ausgaben allein zu tragen.** — Jawohl, Genosse Geiger, die Kirche hat sich an recht vieles gewöhnen müssen. Als man ihr vor hundert Jahren Eigentum im Milliardenwert raubte, da hat sie sich auch daran „gewöhnt". Wenn aber jetzt der Kirche durch Genossen wie Adolf Hoffmann usw. die letzten Rechte genommen werden sollen, wenn die Pflichten, die der Staat damals in bindenden Verträgen auf sich genommen hat, für null und nichtig erklärt werden sollen, dann kommen wir nicht in einen Zustand, an den sich die Kirche „gewöhnen" kann, sondern dann bedeutet das Vergewaltigung der Kirche mit dem Ziel, sie vollends zu vernichten. Und dagegen werden wir den schärfsten Kampf führen, immer mit den Mitteln des Rechts, aber, das haben die siebenziger Jahre gezeigt, mit Ausdauer und Opfermut. Wir kämpfen für die Sache Gottes, und „der Sieg wird Gottes bleiben".

Genosse Geiger sagt weiter: „Wir wollen sie alle stehen lassen, die Kirchen und Kasernen, **die Zucht- und Siechenhäuser. Mögen sie dereinst, von Efeu überwuchert, an eine längst vergangene schreckliche Zeit erinnern."** — Ja, es muß für die Genossen eine schreckliche Zeit sein, die sich verkörpert in Kirchen, Kasernen und Zuchthäusern. Es ist ja allen Dankes wert, daß die Sozialdemokraten die Kirchen wenigstens stehen lassen und nicht nach berühmten französischen Mustern verfahren wollen. Doch das glauben wir getrost der Zukunft überlassen zu können. Uns interessiert an der Darstellung des Genossen vor allem die blühende Phantasie, mit der er die allgemeine große Glückseligkeit des sozialistischen Zukunftsstaates ausmalt. Genosse Bebel hat in seinem Buch „Die Frau" dieses Paradies noch ergiebiger ausgemalt, so daß man daraus die Ausführungen des Genossen Geiger leicht ergänzen könnte. Es würde zu weit führen, darauf näher einzugehen, aber wir sind doch sehr stark im Zweifel, daß, wie Genosse Geiger meint, nach Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen und nach Verödung der Kirchen eine ganz neue, wunderbare Rasse von lauter tugendhaften, glücklichen Menschen die Zuchthäuser überflüssig machen wird, die dann, von Efeu überwuchert, an längst vergangene schreckliche Zeiten erinnern. Das wäre ja recht poesievoll, aber wir fürchten mit Recht, daß in der sozialistischen Gesellschaft auch die Zuchthäuser eine mindestens ebenso starke Frequenz aufweisen werden, wie bisher. Ferner hat die Sozialdemokratie noch kein Rezept gegen das Siechtum erfunden, um die Siechenhäuser überflüssig zu machen. Im Gegenteil. Ein Leben nach der „autonomen Moral" der Sozialdemokratie wird noch neue nötig machen.

Diese Ausführungen Geigers sind Phantasien, die zumal unter den jetzigen Umständen doppelt lächerlich wirken. Daß sie mit der Wirklichkeit immer in größtem Gegensatz bleiben, wird die Zukunft lehren. Zu bedauern ist nur der, der sich von derartigen Phantastereien einfangen läßt.

War das notwendig?

6.

War die Revolution notwendig, **um den Frieden mit den Feinden zu bekommen?** Nein! Denn der Friede war schon angebahnt. Die Waffenstillstandsverhandlungen standen vor dem Abschluß. Sowohl die politischen wie die militärischen Behörden waren für schnellsten Friedensschluß. Wohl hatten die Feinde erklärt, daß sie nicht mit der alten Militärgewalt, sondern nur mit einer deutschen Volksregierung sich an den Friedenstisch setzen würden. Aber diese Volksregierung war ja durch die im Oktober erfolgten Verfassungsänderungen geschaffen; und mit dieser Volksregierung hatten sich die Verbündeten ja bereits auf Verhandlungen eingelassen. — Für den Frieden war die Revolution eher ein Hindernis. Denn deutlich genug erklären die Verbündeten in letzter Zeit, daß sie den Frieden nur schließen werden mit einer von der Mehrheit des deutschen Volkes getragenen Regierung.

Zum Waffenstillstand.

Die englische Marinekommission in Hamburg.

TU. Hamburg, 9. Dez. Die englische Marinekommission zur Ueberwachung der Abrüstung unserer Kriegsschiffe trifft heute in Hamburg ein, wo im Hotel Atlantic eine Flucht von Zimmern für diese belegt worden ist.

Wilson hält an seinen 14 Punkten fest?

Bern, 9. Dez. **Gleich nach Wilsons Abreise erging von Bord des „George Washington" folgender Funkspruch an die United Preß: Wilson reist nach Europa, um die Ideale Amerikas aufrecht zu erhalten und buchstäblich für seine 14 Punkte einzutreten. Wilson wird auf der Freiheit der Meere und der allgemeinen Abrüstung bestehen. Wenn er trotzdem dem Flottenprogramm der Vereinigten Staaten zustimmt, so will er damit sagen, daß keine Nation das Uebergewicht zur See haben soll, und daß, wenn andere Nationen ihre Seemacht nicht verringern, Amerika die seinige vergrößern muß. Die Meere sollen unter den Schutz der ganzen Welt gestellt werden.**

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

TU Berlin, 9. Dez. Die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes beginnen am 19. Dezember in Trier. Die dafür tätigen Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission sind soeben nach Trier abgereist.

Drohendes Einschreiten der Alliierten in Deutschland.

TU Rotterdam, 9. Dez. Die Times schreiben: **Ein Sieg der Liebknechtgruppe in Deutschland wird für die Alliierten die Aufforderung sein, in Deutschland Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.** — „Daily Mail" meldet: Das britische Kabinett äußerte, bei den Alliierten herrschten Bedenken gegen die Aufnahme von Verhandlungen mit der zurzeit ohne Machtmittel dastehenden deutschen Regierung.

Nach einer Meldung der „Morning Post" aus Paris wurde Marschall Foch mit der Leitung der eventuell notwendig werdenden militärischen Maßnahmen gegen die deutsche Anarchie beauftragt. Die Zusammenziehung von Truppen der Alliierten an der deutschen Grenze dauert an.

TU Genf, 9. Dez. Wie der „Temps" meldet, **liegt der Pariser Konferenz eine Note des Alliiertenrats an Deutschland auf sofortige Auflösung der gesamten Soldaten- und Arbeiterräte vor. Die Note wird nach Eintreffen Wilsons verschickt. Den Deutschen wird zur Wiedereinsetzung verhandlungsfähiger Behörden eine Frist von vier Wochen gegeben, nach deren Ablauf die Alliierten die Bekämpfung des Bolschewismus in Deutschland übernehmen würden.**

Landesbibliothek Oldenburg

TU Genf, 9. Dez. Unmittelbar nach Wilsons Ankunft in Paris soll die Frage der Errichtung einer aus Ententetruppen bestehenden Militärpolizei in Berlin und Umgebung zur Lösung gelangen. Nach dem Herald scheint diese Entsendung gesichert. Man glaubt, daß die Besetzung bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages dauern werde.

Für Militärentlassene aus den besetzten Gebieten.

WTB Berlin, 8. Dez. Amtlich. Bisher erkannten die Franzosen in den besetzten Gebieten und Brückenköpfen die Entlassungspapiere ehemaliger deutscher Heeresangehöriger nur dann an, wenn sie vom Truppenteil oder einer militärischen Behörde ausgestellt und gestempelt waren. Die von den Soldatenräten ausgestellten Entlassungspapiere wurden nicht als gültig anerkannt, die Besitzer solcher Scheine wurden interniert. Nach neuerer Mitteilung erklärte der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission, daß jetzt auch die von den Soldatenräten ausgestellten Entlassungspapiere anerkannt werden sollen, wenn sie von den deutschen Lokalbehörden als gültig bezeichnet werden. Alle entlassenen Heeresangehörigen, die sich nach den besetzten Gebieten oder nach den Brückenköpfen begeben wollen, werden in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, sich die Gültigkeit ihrer von den Soldatenräten ausgestellten Entlassungspapiere nachträglich von den deutschen Lokalbehörden bescheinigen zu lassen.

WTB Berlin, 8. Dez. Linksrheinisch beheimatete Wehrpflichtige dürfen, auch wenn sie im Besitz von Entlassungspapieren sind, das besetzte Gebiet nur in Zivilkleidung betreten. Tragen sie Uniform, so werden sie als Kriegsgefangene behandelt. Deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Der Rückmarsch der deutschen Ostruppen.

WTB. Berlin, 8. Dez. Die Räumungen im Osten werden fortgesetzt. Die ersten Truppentransporte sind aus der Ukraine in der Heimat angekommen. In Libau sind englische Torpedoboote eingetroffen.

Königsberg, 9. Dez. Wie aus Riga berichtet wird, ist der Abtransport des aus 150 000 Mann und 53 000 Pferden bestehenden Ostheeres mit großen Schwierigkeiten verbunden und wird längere Zeit beanspruchen. Inzwischen wird die Lage im Baltikum immer verwickelter. Der Terror wächst, sobald die Deutschen einen Ort verlassen haben, setzen sich die heimischen Bolschewikibanden unter den bekannten widerlichen Szenen in den Besitz der öffentlichen Gewalt.

Der Stand der Welternährung.

tu. Amsterdam, 9. Dez. In einem Schreiben an das Komitee für Nahrungsmittelversorgung erklärt der frühere englische Lebensmittel-Kontrolleur Clynes u. a.: Jeder hofft, daß die Beschränkungen in der Lebensmittelversorgung gemildert werden. Es ist jedoch jetzt nicht der Augenblick, derartige Experimente zu machen. Ich erachte es als meine Pflicht, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Lebensmittelvorräte der Welt noch während einiger Zeit Grund zur Besorgnis geben werden. In ausgebreiteten Strecken Europas droht im Winter eine Hungersnot. Es wird wenigstens noch bis zum Frühjahr notwendig sein, die getroffenen Maßnahmen beizubehalten.

tu. Haag, 9. Dez. Aus Newyork wird gemeldet: Die Nahrungsmittelverwaltung hat beschlossen, die Beschränkung für den Handel mit Gerste, Mais und Hafer aufzuheben. Außerdem erlaubt Je eine Verschiffung von Kaffee.

Asquith tritt für die Gerechtigkeit ein.

tu. Haag, 9. Dez. Aus London wird gemeldet: Asquith sagte in einer Rede am 7. Dez. u. a., daß alles getan werden müsse, damit Gerechtigkeit ausgeübt werde. In Bezug auf den Besuch des Präsidenten Wilson sagte er, daß die Welt darin eins sei, daß der Gedanke des Völkerbundes aus der Theorie in die Praxis übertragen werden müsse. Nach seinem Urteil ist die beste Sicherheit gegen die Gefahren, die die gegenwärtige Friedens-Konferenz bedrohen, ein Zusammengehen Amerikas und Englands. Es müsse deutlich gesagt werden, daß ein Völkerbund nicht das Aufhören der Konkurrenz in Handel und Industrie bedeute.

Die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen.

tu. Köln, 9. Dez. Die deutsche Regierung hat, wie verlautet, in Paris mitteilen lassen, daß, wenn die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen im bisherigen Maßstabe fortdauern sollten, deutscherseits die Ausweisung sämtlicher Elsaß-Lothringer aus Deutschland erwogen werden müsse. Darauf ist französischerseits angeordnet worden, daß die Ausweisungen fortan nur noch aus politischen Gründen und nicht mehr auf Grund namenloser Anzeigen erfolgen sollen.

tu. Berlin, 9. Dez. Die Franzosen sperrten die deutsche Universität Straßburg und entließen sämtliche Professoren ohne Gehalts- und Pensionsanspruch. Die aus Elsaß-Lothringen Ausgewiesenen werden beim Ueberschreiten der Grenze vom Straßburger Pöbel auf das unflätigste beschimpft und sogar mißhandelt, ohne daß die französische Verwaltung dagegen einschreitet.

Ein früherer Räumungstermin für die neutrale Zone.

tu. Düsseldorf, 9. Dez. Vorgestern Abend kam durch eine telegraphische Mitteilung des Generalkommandos des 10. Reservekorps die überraschende Nachricht, daß die neutrale Zone, in der auch das rechtsrheinische Düsseldorf liegt, mit Tagesanbruch am 8. Dezember von allen deutschen Truppen geräumt sein müßte. Bisher war nur bekannt, daß die neutrale Zone am 12. Dez. geräumt sein müßte, jetzt ist unerwartet die Räumung um 4 Tage früher angeordnet worden.

England.

England fordert die Aufhebung der Militärdienstpflicht in Europa.

WTB. London, 9. Dez. (Drahtb.) Reuter. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der endgültigen Absicht zur Friedens-Konferenz gehen wird, dort die Aufhebung der Militärdienstpflicht in ganz Europa vorzuschlagen.

Schweden.

Gegen die bolschewistische Wühlarbeit.

Stockholm, 7. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Da die Sowjetregierung das ihren Vertretern zugestandene Recht, Kuriere abzusenden, mißbraucht, indem sie bolschewistische Propagandaliteratur in verschiedenen Sprachen zur Verbreitung in verschiedenen Ländern befördert, hat der Minister des Aeußern dem hiesigen Vertreter der Sowjetregierung mitgeteilt, er könne die bisher genossenen diplomatischen Vorrechte, Kuriere und Staatstelegramme zu empfangen und abzusenden, nicht weiter benutzen. Der Minister setzte voraus, daß die Vertreter der Sowjetregierung das Land verlassen würden. Als Bedingung ihrer freien Abreise werde selbstverständlich das Recht ungehinderter Heimkehr der schwedischen Staatsangehörigen in Rußland gefordert.

Verschiedene Nachrichten

Zur Europareise Wilsons.

WTB. Newyork, 9. Dez. (Drahtb.) Ein draht oses Telegramm des Dampfers George Washington, auf dem Präsident Wilson nach Frankreich fährt, berichtet, daß das Schiff infolge schweren Seeganges nur 17 Knoten macht. Es wird am 13. Dezember in Brest eintreffen.

Kleine Nachrichten.

Wien wird in nächster Zeit von der Entente besetzt werden. Auch die Tschecho-Slowaken sollen dabei mitwirken.

Deutsch-Böhmen soll nach einer Erklärung des Wiener tschechischen Gesandten Tusar durch die Entente dem Tschechenstaat einverleibt werden.

Im amerikanischen Kongreß forderte das Mitglied Bernett für die nächsten drei Jahre eine Einschränkung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten.

Die Jahresklasse 1891 wird in Frankreich am 20. Dez. entlassen.

Ein belgisch-französisches Zollbündnis fordert Herve in der „Victoire", um zu verhindern, daß Antwerpen wieder zu einem großen deutschen Hafenplatz werde.

Mit dem Abbau der englischen Schiffahrtskontrolle soll in 3 Monaten begonnen werden.

Die deutschen Bezirke in Westungarn sollen zu einem selbständigen Staat in Ungarn ausgebaut werden.

Im Münchener Arbeiterrat kam es zu großen Tumulten infolge Zwistigkeiten bei der Lage der Wahl der Vertreter zum Delegiertentage des Landesarbeiterrats. Die Tumulte arteten schließlich in Tätlichkeiten gegen die Gewerkschaftsführer aus.

Die „rote Garde" wurde in Hamburg gebildet

Der internationale Sozialistenkongreß soll Ende Januar in Genf oder Lausanne zusammentreten.

Die Direktion der niederländischen Eisenbahngesellschaften hat es abgelehnt, defekte deutsche Lokomotiven zu reparieren.

Die Rheinschiffahrt ist nunmehr freigegeben. Dafür ist ein Kommissariat in Köln errichtet.

Poincaré wurde in Metz vom Bürgermeister empfangen. Er sagte u. a., die Volksabstimmung, von der Deutschland spreche, sei bereits erfolgt durch den den französischen Truppen bereiteten Empfang.

Der erste englische Dampfer, der seit Kriegsausbruch in den Stettiner Hafen einlief, wird einen Transport englischer Verwundeter aufnehmen.

In Danzig liefen am Sonntag zwei englische Kreuzer ein. Augenscheinlich sollen sie den Abtransport der in Danzig zusammengezogenen englischen Gefangenen überwachen.

Kronprinz Alexander von Serbien wurde zum Regenten Großserbiens proklamiert.

Das preußische Eisenbahnministerium hat große Aufträge in Lokomotiven und Eisenbahnwagen mit größter Beschleunigung in Auftrag gegeben. Es handelt sich zunächst um 1200 Lokomotiven, 200 Personen- und Gepäckwagen, 19 650 Güterwagen und 350 schmalspurigen Kleinbahnwagen.

Schwere Ausschreitungen verübten die Unabhängigen Sozialdemokraten in Leipzig. Eine Versammlung der deutschen demokratischen Partei wurde gesprengt und mehrere Anwesende mißhandelt. Matrosen schienen die Anführer zu sein.

Deutsches Reich.

Zur Trennung von Kirche und Staat in Sachsen.

Dresden, 4. Dez. 1918. Der Präsident des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums, Dr. Böhme, hatte kürzlich eine Besprechung mit dem Vorstand des Kultusministeriums, dem Volksbeauftragten Buck. Dabei betonte dieser, daß die angekündigte Trennung von Kirche und Staat bald werde durchgeführt werden. Dabei wolle er sich persönlich bemühen, daß unnötige Härten vermieden würden. Bestimmt müsse aber die Kirchenbehörde mit dem baldigen Wegfall aller Staatsaufwendungen für die Landeskirche, ebenso mit der Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Volksschule, mit der Übernahme der Kirchhofsverwaltung durch die politischen Gemeindevertretungen und einer Änderung in der Art der Aufbringung der Mittel für den kirchlichen Bedarf rechnen. Die Einleitung entsprechender Überleitungsmaßnahmen werde der kirchlichen Behörde baldigst durch eine Verfügung anheimgegeben werden. Die Befürwortung der Bitte um Aufrechterhaltung der gesetzlichen Pensionen wurde zugesichert. Selbstverständlich werden diese Verfügungen auch die katholisch-geistliche Behörde treffen. So dürfen wir leider wohl in kurzem vor der vollendeten Tatsache der Trennung stehen. Für die Kirche werden dann in Sachsen schwere Zeiten beginnen. In Chemnitz hat übrigens der A.-S.-R. das Erscheinen der in Aussicht gestellten Verfügungen garnicht abwarten können. Er hat wider alles Recht über den Kopf der höheren Behörden hinweg verfügt, daß jetzt schon der Religionsunterricht in den Schulen auf ein Mindestmaß zu beschränken und die gewonnene Zeit für andere Unterichtsgegenstände zu verwenden sei. Man frägt sich da umsonst, wer denn eigentlich in Sachsen über so wichtige Entschließungen zu entscheiden hat.

Die englische Besichtigungskommission in Hamburg.

WTB. Hamburg, 9. Dez. (Drahtb.) Heute nachmittag ist die englische Besichtigungskommission eingetroffen und wird die im Hafen liegenden 30 englischen Handelsschiffe in Augenschein nehmen.

Zu den Verhaftungen im Ruhrgebiet.

Berlin, 9. Dez. Das Staatsministerium hat beschlossen, die Untersuchung des Falles Thyssen und Genossen nach Möglichkeit zu beschleunigen. Eine Haftentlassung ist noch nicht erfolgt.

Berlin, 9. Dez. Die beiden Thyssen und der Sohn von Hugo Stinnes, die unter dem Verdacht hochverräterischer Verbindung mit der Entente verhaftet worden waren, sind bereits gerichtlich vernommen worden. Der Verdacht hat sich nicht bestätigt. Ihre Freilassung kann stündlich erfolgen.

Berlin, 8. Dez. Die im Rheinland verhafteten Großindustriellen August Thyssen usw. sind gestern Nacht in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert worden. Die Untersuchung der gegen sie erhobenen Beschuldigungen liegt in der Hand des Präsidenten Eichhorn. Wie der „Lok.-Anz." hört, hat die Reichsleitung sich unverzüglich an an den Mülheimer Arbeiter- und Soldatenrat gewandt, um dessen Vorstellung und die Begründung seiner Handlungsweise einzuholen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß diese Verhaftungen nicht aufrecht zu erhalten sind, wenn nicht tatsächliche Beweise für die den Industriellen zur Last gelegten Handlungen vorhanden sind.

Ein Protest des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.

WTB. Magdeburg, 8. Dez. Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Dr. Faber, hat gestern an den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Dr. Müller, und den Staatssekretär Scheidemann in Berlin folgendes Telegramm gerichtet: Am 3. Dezember hat bereits der unterzeichnete Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger und der Berliner Vorstandsvertreter unseres Vereins, Herr Direktor Müller von der Zeitung „Germania" gegen die geplante Umfangsbeschränkung der Zeitungen schärfsten Protest eingelegt und gebeten, vor Erlaß der Verordnungen nochmals einen erweiterten Kreis vor Sachverständigen über deren Zweckmäßigkeit und die schädigende Wirkung, die sie ausüben müßten, zu hören. Dieser begründende und dringenden Bitte ist nicht entsprochen worden. Die Verfügung ist, ohne daß die Sachkunde der Zeitungsverleger zu Rate gezogen wäre, erlassen. Sie bedroht den größten Teil der Zeitungen mit schwerster Schädigung. Eine besondere Schädigung liegt für einen Teil der Zeitungen darin, daß ganz mechanisch alle diejenigen Zeitungen, die größer als das Berliner Format sind, gleichmäßig eingeschränkt werden ohne Rücksicht auf den Umfang, den diese Zeitungen bisher hatten. Viele Zeitungen werden in geradezu ruinöser Weise in ihrem textlichen und in ihrem Inseratenumfange beschränkt. Es wird ihnen die Möglichkeit, in die wichtige politische Diskussion einzugreifen, in einer Weise verkürzt, die auf eine schwere Bedrohung der Preßfreiheit hinauskommt. Das Wirtschaftsleben, das in vielen Zeitungen eine besonders gute Auswirkungsmöglichkeit durch Anzeigen fand, wird dadurch aufs Schwerste geschädigt in einem Augenblick, in dem die allgemeine Lage eine Belebung des Wirtschaftslebens wünschenswerter erscheinen läßt als je, indem die Nähe des Weihnachtsfestes eine besondere Gelegenheit zur Förderung des Warenumlaufs durch das Zeitungsinserat bietet. Im Namen von 1600 dem Verein Deutscher Zeitungsverleger angeschlossenen Zeitungen aller Parteirichtungen weise ich auf die eben erwähnten schweren allgemeinen wirtschaftlichen Bedenken nachdrücklichst hin, die in diesem brutalen Eingriff in die Lebensbedingungen der Zeitungen bestehen. Die Zeitungen selber werden wirtschaftlich so schwer geschädigt, daß sie nicht in der Lage sein werden, ihre Arbeiter künftig vollständig zu beschäftigen. Statt mit solchen mechanischen Eingriffen die Existenz der deutschen Presse auf das Schwerste zu gefährden, sollte mit allen Mitteln versucht werden, die Produktion des Zeitungspapiers zu erhöhen, da der ungeheure Bedarf der Heeresleitung in Spinnpapier in Fortfall kommt und das vollkommene Darniederliegen des Drucksachenbedarfs der von schwerer Nutlosigkeit bedrohten Industrie erhebliche Mengen von Rohstoffen zur Herstellung von Zeitungspapier freiläßt. Namens des Vereins bitte ich dringend die Wirksamkeit der Verordnung sofort aufzuheben. Für die Dringlichkeit einer sofortigen Aufhebung weise ich neben den angeführten allgemeinen Erwägungen auf das jetzt bereits einsetzende Weihnachtsgeschäft hin. Dieses Geschäft wird den Geschäftsleuten verdorben, wenn sie jetzt plötzlich zu einer vollkommenen oder erheblichen Einschränkung ihrer Ankündigungen gezwungen werden. Die Zeitungen selber werden durch Ausschaltung eines ihrer besten Geschäfte wirtschaftlich so geschädigt, daß sie nicht in der Lage sind, wie sie es wünschen, ihre aus dem Felde zurückkehrenden alten Mitarbeiter wieder einzustellen und länger zu beschäftigen. Zum Schlusse protestiere ich dagegen, daß eine Verordnung erlassen wird, die auf eine weitere starke Kontingentierung der Zeitungen hinauskommt, ohne daß der Beirat der Kriegswirtschaftsstelle vorher gutachtlich gehört wird.

Die hannoverschen Nationalliberalen und die demokratische Partei.

Bekanntlich haben die hannoverschen Nationalliberalen beschlossen, der deutschen demokratischen Partei eine Absage zu erteilen und sich mit allen denjenigen nationalliberalen Organisationen, die auf dem Standpunkt der deutschen Volkspartei stehen, zu gemeinsamem Zusammenwirken zu vereinigen. Noch vor Weihnachten soll in Hannover ein Delegiertentag zusammentreten, der diese Organisationen, zu denen wohl mit Sicherheit Westfalen, Hamburg, Schleswig-Holstein, viele Teile des Rheinlandes und Hessen-Nassau sowie Oldenburg zu rechnen sind, umfaßt. Die nationalliberale Partei dürfte in ihrer Zentralvorstandssitzung vom 15. Dezember ihre Auflösung beschließen.

Der nationalliberale „Hannoversche Kurier" bemerkt hierzu u. a.: Heute sind die Programme aller Parteien in ihrer Formulierung ziemlich einander angenähert. Erst die Persönlichkeiten, die Träger dieser Programme sind, geben der Form den Inhalt. Deshalb muß man den Geist einer Partei in erster Linie nach ihren Führern beurteilen, deshalb geben uns die Namen Wolff, Gerlach, Weber und der Mitbegründer der Partei, Geheimrat Witting, dem wir die Veröffentlichung der Lichnowski-Broschüre verdanken, mehr Gewißheit über deren Bestrebungen, als Parteiprogramme es zu tun vermögen. Ist der nationale Gedanke, an dem sie in den Zeiten des Niederbruchs unseres Reiches mit noch stärkerer Beharrlichkeit festhalten sollen, wie in den großen Zeiten unseres Volkes, in diesen Händen gut bewahrt? Kann die Landwirtschaft sicher sein, daß ihre Lebensinteressen bei denen in guten Händen sind, die schon in Friedenszeiten die deutsche Viehproduktion durch ausländische Einfuhr ersetzen wollten, und deren Ideen und Gedanken immer nur im Großstadtleben, besonders in der Stimmung Berlins, kreisen? Ist unser kulturelles Leben bei denen gewahrt, in deren Presse die Perversität der Weltstadt und die Anbetung alles „Modernen" auf internationaler Grundlage die Entwicklung deutscher Dichtung und Denkart in den Hintergrund treten ließ? Ist die Trennung von Kirche und Staat, gegen welche die demokratische Partei niemals Einspruch erhoben hat, nicht die Aufhebung der Grundlage des christlichen Staates und des christlichen Seelenlebens, das wir uns durch die Jahrtausende als Eckpfeiler unseres Gewissens festgehalten haben? Soll der „Geist" Adolf Hoffmanns dauernd deutsche Erziehung beeinflussen, sollen die 95 Prozent deutscher Christen sich in ihrem Empfinden von Auffassungen einer kleinen Minderheit kirchenfeindlicher Elemente regieren lassen? Das kann nicht sein und soll nicht sein. Niedersächsisches Kulturleben hat mit dem Geist solcher kirchenfeindlichen Politik nichts zu tun, ebensowenig aber mit der diese Gedanken nicht bekämpfenden, sondern stützenden Politik der durch das „Berliner Tageblatt" verkörperten Demokratie.

So scheiden sich die Geister. Die Deutsche Volkspartei ruft zum Kampf für die alten nationalen und kulturellen Gedanken auf, stellt sich aber unumwunden auf den Boden der durch die Demokratisierung geschaffenen neuen Verhältnisse. Der Charakter unserer niedersächsischen Bevölkerung bürgt uns dafür, daß diese Gedanken weitgehende Unterstützung in allen Teilen unserer Bevölkerung finden werden.

Wir müssen zusammenstehen.

In der „Nassovia", Zeitschrift für evangelische Studenten, bespricht der Herausgeber W. Wittjen in der Nummer vom 30. November die durch den Krieg und die Revolution hervorgerufene Lage in einem längeren Artikel, den er mit folgenden Worten schließt:

Und so ist es denn gekommen, daß der Feind nicht nur in unsere Gaue einzieht, daß man ihn nicht nur in Straßburg und Metz begrüßt und ihm manche unserer „Damen" auch bei uns gewisse Kußhände zum Willkommen zuwerfen, sondern daß wir auch politisch, vaterländisch vor einem großen Trümmerhaufen stehen.

Landesbibliothek Oldenburg

Ich bin kein Schwarzseher: aber das eine ist gewiß, daß es eine Riesenarbeit kostet, diesen Trümmerhaufen wieder aufzuräumen. Dazu genügt nicht, daß man zu der in Aussicht stehenden Nationalversammlung nach bestem Wissen und Gewissen seine Stimme abgibt, sondern daß alle die zusammenstehen, die ein Herz haben für die Not des kleinen Mannes, die ihm sein ehrliches Stück Brot gönnen, die da wünschen, daß ihm ein menschliches Heim beschieden, ein anständiger Lohn ausgezahlt wird, die auch wünschen, daß noch ferner unserem Volke die Religion erhalten bleibe, daß auch in Zukunft der Mensch beim Abendglöcklein seine Hände zu falten vermag, damit er seinem Schöpfer dankt für all das Gute, was er auch heuer im deutschen Vaterlande empfängt. Zu dem Zwecke müssen sich alle vereinigen, die es in Wahrheit gut meinen mit unserem Volke, der Katholik mit dem Protestanten, der Geheime Rat mit dem Arbeiter. Dann werden wir auf dem Nichts, das sich nach der Beseitigung des Trümmerhaufens vor uns ausbreitet, ein neues, bescheidenes Deutschland schaffen, in dem ein jeder in Frieden seine Hütte wieder bewohnt.

Wohl müssen wir zurückkehren zu der Weise der Väter und wieder härter arbeiten, kärglicher leben. Wenn uns die Umkehr, der Rückschlag auch die gute Sitte, den schlichten Glauben der Alten wieder gibt, dann hat auch dieser verlorene Krieg Wohltaten für uns im Gefolge. Liefert uns aber die Zeitströmung ganz der Materie aus, verfallen wir alle miteinander dem Taumel ums goldene Kalb, dann sind wir ein sterbendes Volk. Viele Anzeichen sind dafür da; aber auch schon leuchtet das Morgenrot einer neuen Zeit, in der Menschen aus mancherlei Beruf und Stand zusammenstehen zu wahren und zu mehren unsere heiligsten Güter. Und dazu helfe uns Gott!

Die gewerkschaftliche Organisation der Beamten.

Aus Beamtenkreisen schreibt man uns: Die Revolution hat als Nebenerscheinung dem gewerkschaftlichen Gedanken zum restlosen Siege verholfen. Zu Hunderttausenden strömen bisher unorganisierte Beamte, Angestellte und Arbeiter in die Berufsorganisationen. Eine weitere sehr wichtige Tatsache hat die Revolution geschaffen. Die bisher in verschiedenen Gruppen verzettelten „bürgerlichen" Angestellten und Arbeiter haben sich im „deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund" vereinigt. (Geschäftsstelle Berlin W, Kochstr. 9.) Liberale, freiheitlich-nationale, nationale und christlich-nationale Gruppen bilden fortan eine einheitliche Front. 1,5 Millionen Arbeitnehmer sind im deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund schon jetzt vereinigt. Die Einigung erfolgte zunächst auf folgende Leitsätze, die natürlich noch der Durcharbeitung, Begründung und Erweiterung bedürfen:

1. Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung.
2. Ein großdeutsches Reich als Wirtschaftseinheit mit wirklich demokratischer Verwaltung und Verfassung.
3. Gleichheit aller hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte.
4) Freie Bahn den Tüchtigen in Staatsleitung, Verwaltung, Kunst und Wissenschaft.
5) Organische und planmäßige Sozialisierung unserer Wirtschaft unter Aufrechterhaltung der persönlichen Initiative und Tüchtigkeit sowie der Weltkonkurrenzfähigkeit.
6) Unbedingte Mitwirkung der Gewerkschaften und Berufsvereine bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, insbesondere bei der Sozialisierung einzelner Industrie- und Gewerbezweige.
7) Garantie der Bezüge und Pensionen aller Staatsbediensteten.

Dem deutschen Gewerkschaftsbund ist auch bereits eine Reihe von Beamtenverbänden beigetreten. Die deutsche Beamtenschaft steht ja jetzt vor der großen entscheidenden Frage. Die neuen Verhältnisse gestatten ihr, sich genau so zu organisieren wie es die Arbeiter tun, die in ihren Verbänden eine gewerkschaftliche Politik verfolgen. Es finden deshalb in letzter Zeit in den Beamtenverbänden lebhafte Verhandlungen statt, wie man diesem gewerkschaftlichen Zug gerecht werden will. Besonders wird der Gedanke erwogen, die Beamtenverbände als gewerkschaftliche Organisation besonders zusammen zu schließen. Diese Idee stößt jedoch auf Widerstand, weil die Beamtenschaft sich mit Recht sagt, daß unbeschadet der Selbständigkeit der einzelnen Verbände, sie in irgend einer Form mit der Arbeiterschaft verbunden sein muß. Hierzu bietet der neue Gewerkschaftsbund die beste und vorzüglichste Grundlage. Eine Beamtengewerkschaft, die sich absondert von der Arbeiterschaft, würde schließlich zu Reibungen führen. Mit der Gründung des demokratischen Gewerkschaftsbundes sind für die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland nunmehr zwei Hauptrichtungen geschaffen. Die sozialdemokratische, die in der Generalkommission ihren Mittelpunkt hat, und jetzt der deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund, der alle bürgerlichen und demokratischen Elemente umfaßt. Für die Beamten sollte die Entscheidung, nach welcher Richtung hin sie gehören, nicht schwer fallen. Sie sollten sich dem deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund anschließen.

Die politische Schulung der Frau

ist plötzlich durch das Wahlrecht der Frau zur Nationalversammlung notwendig geworden. Sie ist, obgleich etwas Neues, doch dadurch erleichtert, daß jeder, der seine Stimme zur Geltung bringen will, sich einer Partei anschließen muß. Dies ist um so mehr notwendig, als es sich um eine Verhältniswahl handelt.

Alle politischen Parteien wollen aber die Interessen der Männer und Frauen zusammen und gleichmäßig vertreten und fördern. Die Frauen brauchen also keine neue Partei zu gründen, sondern müssen sich nur entscheiden, welche der bestehenden oder neuen Parteien sie sich anschließen wollen. Die Gründe für diese Entscheidung werden durchweg für die Männer und Frauen dieselben sein. Weil z. B. die katholischen Arbeiter seit Jahrzehnten im Zentrum ihre Vertretung sehen, weil dem Zentrum auch katholische Arbeiter als Abgeordnete angehören, wird die katholische Arbeiterin aus gleichen Gründen sich für das Zentrum entscheiden. In einer Familie, die auf Uebereinstimmung der Ueberzeugung und Gesinnung gegründet ist, werden Frau und Töchter derselben Partei ihre Stimme geben, zu welcher der Mann und die Söhne sich rechnen, für die sie werben und arbeiten.

Deshalb sieht die Zentrumspartei es als ihr Recht und ihre Pflicht an, die Frauen und Jungfrauen durch öffentliche Versammlungen, Flugblätter, durch die Zentrumspresse, durch die Werbearbeit ihrer Vertrauenspersonen von Haus zu Haus, von Mund zu Mund aufzurufen und zu belehren. Die Wahlkomitees der Zentrumspartei ziehen überall Frauen als Mitglieder und Vertrauenspersonen hinzu. Welche Frau oder Jungfrau sich nicht damit begnügen mag, selbst für das Zentrum zu wählen, sondern auch andere Frauen und Jungfrauen dafür gewinnen will, diese wird sich dem örtlichen Zentrumswahlkomitee als Mitarbeiterin oder als Rednerin anbieten. Außerdem kann sie in der Frauenorganisation oder in der weiblichen Standesvereinigung, deren Mitglied sie ist, sich politisch aufklärend und werbend betätigen.

Nah und Fern.

Z Wilhelmshaven, 9. Dez. Unter den zahlreichen Versammlungen, die in der letzten Zeit hier von fast allen politischen Parteien abgehalten wurden, verdient besondere Erwähnung eine Versammlung der deutsch-demokratischen Partei am letzten Sonntag. Nachdem der Hauptredner, ein Berliner Oberlehrer, in längerer Rede seine Ansichten auseinandergesetzt hatte, ergriff als erster Diskussionsredner Kreisschulinspektor Stukenberg-Rüstringen das Wort, dessen Ausführungen, soweit sie das Zentrum und den Katholizismus betrafen, die anwesenden Katholiken auf das peinlichste berührten. Er wies hin auf angebliche Wühlereien Roms, auf klerikale Sonderbestrebungen im Rheinland, auf die Gefahren dieser Bestrebungen für den Reichsgedanken u. a. Dabei zeigte er eine vollkommene Unkenntnis der Gründe und Ziele dieser Bewegung, die ja alles eher als eine Loslösung vom Reiche will. Zum Glück verstand es der folgende Redner, Herr Gymnasialdirektor Prasse, der trotz seiner Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei aus seinem Interesse für die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des Zentrums niemals ein Hehl gemacht hat, und nun nachdrücklich vor einem neuen Kulturkampf warnte, in meisterhafter Weise, Herrn Stukenberg entgegenzutreten und die Karre wieder ins richtige Geleise zu bringen. Leider wurde einem Redner des Zentrums das Wort verweigert, sonst hätte manche sachliche Unrichtigkeit noch berichtigt werden können. Wir meinen nun: Gibt es wirklich in einer Zeit, wo doch das Zusammenhalten aller Kräfte das dringendste Gebot der Stunde sein sollte, nichts Besseres zu tun, als Zwietracht in die Reihen des Bürgertums zu tragen? Hoffentlich findet sich bald die Gelegenheit, in einer allgemeinen Zentrumsversammlung hier am Orte Stellung zu den Anwürfen des Herrn Stukenberg zu nehmen.

(-) **Köln**, 8. Dez. Der in Köln erscheinende „Rheinische Merkur" ist aus dem Verlag von Heinrich Theising in den Besitz einer G. m. b. H. übergegangen, die von sieben Kölner und zwei auswärtigen katholischen Geistlichen besteht.

Höchst a. M., 6. Dez. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte den Magistratsantrag auf Deckung der Kosten für den A. S. R. mit großer Mehrheit ab, stellte jedoch 9000 Mk. für die Arbeiterwehr bereit.

Göttingen, 8. Dez. Einen ergreifenden Tod fand vor einigen Tagen der ordentliche Professor Geh. Justizrat Dr. Leist. Vor aller Oeffentlichkeit warf er sich auf dem Hauptbahnhof vor die Räder eines heranbrausenden Zuges, so daß er auf der Stelle tot war. Ueber die Gründe, die den Gelehrten zu diesem Schritt bewegten, verlautet, daß es der tiefe seelische Schmerz über die unserm Vaterlande angetane Schmach war, der ihm das Leben nicht mehr lebenswert erscheinen ließ.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Vechta. Druck und Verlag: Vechtaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Vechta.

Briefkasten.

A. in F. Die Wahlordnung bestimmt: Jeder Stimmbezirk soll durchschnittlich 2500, höchstens 3500 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 umfassen. Diese Abgrenzung wäre, wenn sie streng nach dem Wortlaut durchgeführt werden sollte, für manche kleine Gemeinden, die hiernach keinen Stimmbezirk bilden könnten, sehr bedenklich, sie soll aber offenbar nur dann in dieser Weise vorgenommen werden, soweit örtliche Verhältnisse nicht dagegen sprechen. Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die in Oldenburg Sache des Staatsministeriums ist, ist unseres Wissens bisher nicht erfolgt.

Neueste Nachrichten.

Eine verfrühte Geburtstagsfeier.

TU **Berlin**, 10. Dez. (Drahtb.) Die Regierung plant für den 1. Januar eine große allgemeine Volksfeier der Revolution. Es sollen in den Straßen Festumzüge, auf den öffentlichen Plätzen Militärkonzerte, in den Theatern musikalische Vorträge am Tage stattfinden.

Zur Besetzung von Köln.

TU **Köln**, 10. Dez. (Drahtb.) Gestern nachmittag sind in größerem Maße englische Besatzungstruppen eingerückt. Sie gehören der 9. und 29. englischen Division an und wurden teilweise in Schulen und Bürgerquartieren untergebracht. Das englische Generalkommando wird vorläufig in Köln bleiben.

Die fortschreitende Besetzung Deutsch-Böhmens durch die Tschechen.

TU **Prag**, 10. Dez. (Drahtb.) Gestern Abend ist Marienbad von einer tschechischen Truppenabteilung besetzt worden. Der Bezirksrat wurde entwaffnet. Der Kommandant der tschechischen Besatzung hat von der Badestadt militärisch Besitz ergriffen. Der Bürgermeister legte dagegen Protest ein. Er appellierte in einem Aufruf an die Bevölkerung, die gegenwärtige Lage mit Ruhe zu tragen. Der tschechische Kommandant hat den Bezirksrat für Marienbad aufgelöst.

Die Auffassung der „Times" über die Kaiserfrage.

tu. **Amsterdam**, 8. Dez. In der Times schreibt F. C. Montague: Ihr könnt Deutschland nicht vernichten. Ihr könnt Deutschland nicht daran hindern, eine große mächtige Nation zu bleiben. Ihr könnt nicht verhindern, daß wahrscheinlich die meisten Deutschen monarchistische Gefühle haben. Ihr könnt Deutschland nicht zwingen, dieselben Gedanken über die Verantwortung des Krieges zu haben, wie ihr selbst. Aber wohl könnt ihr die Deutschen wieder einig machen, wenn ihr aus dem Hohenzoller einen Märtyrer macht. Das Schuldurteil muß der Geschichte überlassen bleiben. Ein Privatverbrechen ist gewöhnlich das Werk eines Individuums, das öffentliche Unrecht wird durch viele zusammen verübt. **Wenn Wilhelm II. ein Mörder ist, dann ist jedes Mitglied des Reichstages, das für die Kriegskredite gestimmt hat, sein Mitschuldiger. Es kann kein geeigneter Gerichtshof entdeckt werden, den Kaiser abzuteilen.** Keine neutrale Regierung würde ihren Untertanen erlauben, als Richter in einem derartigen Gerichtshof aufzutreten. Die Verurteilung Wilhelms wäre in Wirklichkeit eine Tat feiger Rache, welche die Feinde erbittert, ohne sie zu schwächen.

Gemeinde Langförden.

Die Auszahlung der Roggengelder für Lieferung bis zum 20. November 1918 findet am Samstag, dem 14. d. Mts., nachmittags von 2—5 Uhr bei Gastwirt Nieder in Langförden statt.

Jos. Baske.

Roggen-Abnahme in Goldenstedt

am Freitag und Sonnabend, dem 13. und 14. d. Monats.

Ambergen. H. Gerdes.

Die Kleie

für die Vertragsschweine kann von meinem Lager Falkenrott abgeholt werden.

Vechta. D. Schröder.

Immobilien-Verkauf.

Zwecks Versteigerung der dem Fräulein Auguste Müller in Lengerich, Kreis Lingen, gehörenden

Besitzung Haus-Nummer 30

in Hörsten bei Vörden findet

zweiter und voraussichtlich letzter Versteigerungstermin statt am Freitag, dem 20. Dezember 1918,

nachm. 1 Uhr anfangend, in der Wohnung des Pächters Schütte in Hörsten. Reflektanten wollen sich daselbst versammeln. Nähere Auskunft erteilt der Unterzeichnete.

Rieste, am 5. Dez. 1918.

Otto Brackel, Preußischer Auktionator.

Helft unsere Verwundeten!!
Große Rote Kreuz-Geld-Lotterie.

Ziehung am 3. Januar 1919.
50 000 Mk. 30 000 Mk.
25 000 Mk. 20 000 Mk.
15 000 Mk. usw.

Lose zum Preise Mk. 3.30 inkl. Porto und Liste gegen Voreinsendung, auch Nachnahme, durch

Bankhaus Zißler, Hamburg 23,
Haupt-Lose-Zentrale.

Auf sofort

15 bis 20 Schlosser u. Montagen-Arbeiter

für Eisenkonstruktionsarbeiten gesucht.

Wilhelmhaven. Th. Raschke,
Fabrik für Eisenkonstruktionen.

Gesucht auf sofort ein tüchtiges, katholisches

Mädchen.

H. Schnittker, Wildeshausen, Bäckerei, Konditorei und Cafe.

Suche wegen Sterbefalls meiner Frau auf sofort oder zum 1. Januar ein älteres, kath., braves

Mädchen,

am liebst aus hies. Gegend, für meinen Haushalt. Selbiges muß Liebe zu Kindern haben und etwas Landarbeit verstehen.

Arnold Arkenau,
Schmiedemeister, Höne bei Dinklage.

Wegen Heirat des jetzigen suche ich zum 1. Febr., spätestens 1. April, in meinem Geschäftshaushalt ein selbständiges, kath.

Küchenmädchen

mit guten Zeugnissen.
Zweitmädchen u. Waschfrau vorhanden.

Frau J. Wittkampf,
Emsdetten bei Münster.

Suche einfaches, kath.

Fräulein

als Stütze im Privathause. Nähen erwünscht. Familienanschluß.

Frau Jos Kessing,
Steele a. d. Ruhr, Hengleristr. 31.

Gesucht per sofort erfahrenes, zuverläss.

Mädchen

oder einf. Fräulein. Angebote m. Zeugnissen an **Frau Weber, Oldenburg,** Augustistr. 82.

Junges Mädchen

vom Lande, 20 Jahre alt, im Nähen etwas erfahren, **sucht Stellung als Stütze** auf sofort od. später, am liebsten in der Nähe von Vechta.

Offerten erbeten an **Bernhard Schwerter, Varnhorn,** Amt Vechta.

Gesucht zum 1. Jan. 1919 eine ältere, erfahr., katholische

Haushälterin

zur selbständigen Führung eines größeren landwirtschaftlichen Haushalts.

Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kinderfräulein

zu 4 Jungens gesucht p. bald. Ferner ein ansehnl.

junges Mädchen

als Stütze und zum Bedienen der Gäste gesucht.

Hotel u. Cafe Victoria, Brake.

Gesucht ein katholisches

Mädchen

oder Stütze p. 15. Jan. oder früher.

Frau K. Kaminsky, Bremen, Schlachte 131.

Für ein kath. Pfarrhaus auf dem Lande wird zum 1. Jan. 1919 ein braves, tüchtiges

Mädchen

für Haus- und Gartenarbeit gesucht. Angebote erbeten unter **H. G. 5** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein 20jähriges, kath.

Mädchen

vom Lande sucht Stellung auf sofort oder bis zum 1. Januar 1919 in einem kath., bürgerlichen Hause zur Erlernung der Küche und des Haushaltes mit Familienanschluß, schlicht um schlicht. Angebote unt. **Nr. 22** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

In einem kleinen landwirtschaftlichen Haushalt, wo die Frau fehlt, wird zum 1. Mai 1919 eine gute, katholische

Haushälterin

gesucht, welche einen Haushalt selbständig führen kann. Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für eine größere Landwirtschaft wird eine tüchtige, ältere, erfahrene

Haushälterin

gesucht, die in allen Arbeiten erfahren sein muß, da Hausfrau fehlt. Offerten unter **S. 36** an die Geschäftsstelle dieses Bl.

Auf sofort und zum nächsten Frühjahr ein

Dienstmädchen

für Hausarbeit gesucht.

St. Johannes-Hospital, Varel (Oldenburg.)

Wegen Entlassung meines Bruders v. Militär suche ich auf sofort eine Stelle als

Pferdeknecht.

Näher. **Vechta,** Mühlenstraße Nr. 5.

Wegen Abgang der Kriegsgefangenen suche auf sofort einen tüchtigen

Bauschulten,

der gut mit Pferden umgehen kann, und ein

Dienstmädchen.

Herbers, Spreda.

Ein Bäckergeselle,

der selbständig arbeiten kann, sucht Stelle für Weiß- und Schwarzbrotbäckerei. Näheres bei **C. J. Honkomp, Steinfeld.**

Ein 16jähriger Junge sucht Stellung als

Knecht.

Angebote unter **M. B. 100** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Dr. Feldmann,
Hals-, Nasen- und Ohrenarzt
Bremen, Breitenweg 4.
Sprechstunden **jetzt 11—1, 3½—5** Uhr, Fernsprecher **Roland 6380.**

Für Landwirte!

Empfehle 10 Futterknechte, Acker- u. Pferdeknechte, 10 Kleinknechte, 6 Haus- u. Küchenmädchen, 6 Großmägde, 6 jüngere Mägde.

Fritz Diederichs,
Bremen, Bornstr. 42, gewerbsmäß. Stellenverm.

Liebe wieder persönlich

Praxis

aus.

Dentist Walter Kügler,
Osnabrück,
Herrnteichstr. 1
Fernsprecher 628.

Wiederverkäufer.

Elastische **Hosenträger** zu billigsten Engrospreisen. Musterpaare gegen Nachn.

Gerhard Bruns, Oldenburg.

Bauschule Rastede. (O.)
Meister- und Polierkurse.
Schulbeginn Anfang Jan.
Ausführliches Progr. frei.

Zurückgekehrt.
Tierarzt
Dr. Euken
Wildeshausen.
Fernruf 53.

Landesbibliothek Oldenburg

Die Verlobung meiner Tochter Anna mit dem Gemeindevorsteher Herrn Clemens Mähler zeigt an

Frau Oberpostschaffner Ww. Schüttemeyer.

Hörstel i. Westf., im Dezember 1918.

Meine Verlobung mit Fräulein Anna Schüttemeyer zeigt an

Clemens Mähler, Gemeindevorsteher.

Damme i. O., im Dezember 1918.

Der Zeit entsprechend kein Empfang.

Um den vielen armen Waisenkindern im Antonius-Waisenhause in Damme eine Weihnachtsfreude bereiten zu können, bittet Christkind um eine kleine Gabe (am nötigsten Lebensmittel).

Herzliches: „Vergelts Gott!"

Habe meine

Praxis

wieder aufgenommen.

Dr. med. et phil. Gent, Osnabrück,
Eisenbahnstr. 8.
Spezialarzt für Haut-, Blasen- u. Geschlechtskrankheiten.

Imker-Verein Lohne.

Am Sonntag, dem 15. d. Mts., nachmittags 5 Uhr Versammlung im Vereinslokale.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Hebung der Beiträge.
3. Angabe des abzuliefernden Honigs.
4. Verschiedenes.

Erscheinen der Mitglieder erforderlich.

Der Vorstand.

Kaufen Sie jetzt

für Ihren Krieger

Anzüge, Paletots, Hosen, Stoffe.

Nur allerbeste Qualitäten.

M. Schulmann,

Achternstr. 38, Oldenburg, Achternstr. 38.

Gemeinde Dinklage.

Ausgabe der Butterkarten

nur für Verbraucher erfolgt am Donnerstag, dem 12. Dezember, nachmittags von 2–5 Uhr im Gesellenhause und zwar von 2—3½ Uhr für Kolonie Wiek, Hörst und Bahnhofstraße, von 3½—5 Uhr für Ort Dinklage.

Selbstversorger erhalten noch keine Karten.

Der Gemeindevorstand.

Trockenes Kiefernbrennholz

und Klötze für Industrie und Privat.

Konkurrenzlos billig

liefert waggonweise

Eggers, Bremen,

Keplerstr. 7, Fernsprecher Hansa 3351.

Den Bewohnern von Neuenkirchen und Umgegend zur Nachricht, daß ich meine

Bäckerei

wieder eröffne

und bitte um geneigten Zuspruch.

Neuenkirchen i. O. B. Kreke.

Club Unter Uns

ladet zu einer am Mittwoch, dem 11. Dezember, abends 8 Uhr stattfindenden

ersten Sitzung

seine Mitglieder ein. Ehemalige Mitglieder sind herzlich willkommen.

Lohne, den 9. Dezember 1918.

Der Präsident.

Für Kaninchen und Geflügel

zahlt die höchsten Preise

Vechta. **Franz Suerdieck.**

Todes-Anzeige.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser innigstgeliebter, unvergeßlicher Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der

Schütze

August Kamp,

Inhaber des Eisernen Kreuzes,

ein Opfer des Krieges geworden ist. Er starb zu Meißen in Sachsen, nachdem er schon 8 Monate verwundet war, nach hinzugetretener Lungenentzündung, wohlvorbereitet durch ein christlich frommes Leben und gestärkt durch die hl. Sterbesakramente, im Alter von 28 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die trauernden Angehörigen.

Damme, Lüdinghausen, den 7. Dez. 1918.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 12. Dezember, morgens 9½ Uhr in Damme.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes hl. Willen verschied im Reserve-Lazarett zu Dülmen i. W. im Alter von 40 Jahren, wohlvorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, mein innigstgeliebter, guter Mann, unser lieber Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Gefreite

Josef Wübbelmann,

Inhaber des Eisernen und Friedrich-August-Kreuzes,

infolge einer kurzen, heftigen Krankheit. Nachdem er 4 Jahre und 4 Monate alle Strapazen des Krieges mitgemacht, mußte er auf dem Wege zur Heimat sein Leben dem Vaterland opfern.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die tiefbetrübte Gattin
nebst Angehörigen.

Halter, den 10. November 1918.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 12. Dezember, morgens 9½ Uhr zu Bisbek, wozu Verwandte, Freunde und Bekannte eingeladen werden.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.

Todes-Anzeige.

Gestern morgen um 3 Uhr entschlief nach kurzer Krankheit unser liebes Töchterchen

Martha

im zarten Alter von 6 Monaten.

In tiefer Trauer:

Familie Hermann Meyer,
Karussellbesitzer.

Vechta, den 10. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus.

Meine

Weihnachts-Ausstellung

in

Manufaktur-, Kurzwaren,

:: Schmucksachen, Spielwaren ::

ist auch in diesem Jahre wieder eröffnet.

Ermässigte Preise.

Vestrup. Johann Albers.

Für meinen Geschäftshaushalt suche zu baldigstem Eintritt ein umsichtiges, erfahrenes

Mädchen,

welches selbständig zu wirtschaften versteht, und ein jüngeres Zweitmädchen, welches kinderlieb ist.

Frau Joseph Hansen, Telgte.

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß ich vom Heeresdienst entlassen bin und mein Geschäft in alter Weise wieder aufgenommen habe.

Lutten. Th. Rolfes,
Schneidermeister.

Obstbäume

in Hochstamm, Mittelstamm und Buschform empfehle in bewährten Sorten. Massenzucht in münsterl. und roten Borsdorfern. Ferner empfehle großfrüchtige Johannisbeer-, Stachelbeer-, Himbeer- u. Haselnußsträucher, Erdbeerpflanzen, Linden, Ziersträucher, Alpenrosen, Koniferen und Rosen, Heckenpflanzen in Weißdorn, Weißbuchen, Thuya und immergrünem Liguster. Großer Vorrat. — Preise auf Anfrage.

Hagstedt bei Schneiderkrug i. O.

Heinrich Lampe, Baumschulen.

Ich habe meine Berufstätigkeit als

Rechtsanwalt

wieder aufgenommen.

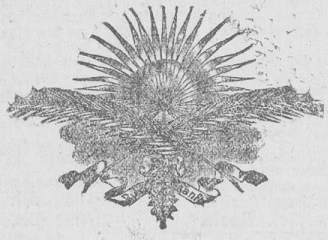
Osnabrück Neumarkt 3¹ (Sparkasse). **Hammersen,** Rechtsanwalt. Fernruf 1400.

Kaufe ständig

schlachtreife, fette Gänse.

Vechta. Aug. Coors, Bahnhofswirt.

Todes-Anzeige



Gott dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, heute morgen meinen lieben Mann, unsern guten Onkel, Großonkel, Bruder und Schwager, den

Gastwirt

Heinrich Vahling

nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, öfters versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im 69. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Dies zeigen tiefbetrübt an mit der Bitte, des Verstorbenen im Gebete zu gedenken

Die trauernden Angehörigen.

Harpendorf bei Steinfeld, den 9. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 12. Dezbr., vormittags 9½ Uhr vom Krankenhause aus statt.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir, diese als solche ansehen zu wollen.

Landesbibliothek Oldenburg

Mittwoch, 11. Dezember 1918. **2. Blatt der Oldenburgischen Volkszeitung.** Nr. 286. —

Satzung der Oldenburgischen Zentrumspartei.

(Von verschiedenen Seiten sind beim Zentralbüro Bitten um Zusendung der Satzung der Oldb. Zentrumspartei eingelaufen. Leider sind die früher gedruckten Exemplare vergriffen. Ein Neudruck ist unter den obwaltenden Umständen (Papiermangel usw.) nicht füglich möglich, auch im Hinblick auf die demnächst sicher eintretende Notwendigkeit der Statutenänderung nicht zu empfehlen. Deshalb seien im folgenden die wichtigsten bisher geltenden Bestimmungen aufgeführt. Die Leser und Leserinnen mögen sie ausschneiden und aufheben.)

§ 1. Die auf dem Boden der Zentrumspartei stehenden Wähler im Großherzogtum Oldenburg schließen sich zusammen, um die Grundsätze der christlichen Weltanschauung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zur Geltung zu bringen, insbesondere durch Vorbereitung der Landtags- und Reichstagswahlen auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken.

Parteimitglied kann jeder im Großherzogtum Oldenburg wohnende Deutsche werden, der wenigstens 18 Jahre alt ist, sich zu den Grundsätzen der Zentrumspartei bekennt und einen Jahresbeitrag von wenigstens 50 ₰ zahlt. Selbstverständlich können nunmehr auch die Frauen als vollberechtigte Partei-Mitglieder aufgenommen werden.

§ 2. Es werden zum Zwecke der Organisation geschaffen:

Gemeindeausschüsse in den Gemeinden,
Landtagswahlausschüsse in den Landtagswahlkreisen,
Reichstagswahlausschüsse in den Reichstagswahlkreisen,
ein Landesausschuß für das Großherzogtum.

Die Versammlung der Mitglieder der Landtagswahlausschüsse bildet den Vertretertag.

Jeder Ausschuß wählt einen Vorstand, der aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer, der den Vorsitzenden vertritt, und drei Beisitzern besteht. Aus der Zahl der letzteren wählt der Vorstand einen Kassenführer, wenn der Schriftführer die Führung der Kassengeschäfte nicht mit übernimmt.

Die Wahldauer aller Ausschüsse und der von ihnen eingesetzten Vorstände endigt mit Ablauf desjenigen Kalenderjahres, in dem allgemeine Neuwahlen zum Reichstage stattfinden, doch führen sie die Geschäfte bis zu deren Uebernahme durch die neugewählten Organe weiter.

§ 3. Der Gemeindeausschuß soll das politische Leben in der Gemeindebevölkerung wecken und rege erhalten.

Er besteht je nach der Größe der Gemeinde aus 10 bis 20 von den wahlberechtigten Parteimitgliedern zu wählenden Vertretern.

§ 4. Der Landtagswahlausschuß wird gebildet aus den Vorsitzenden der Gemeindeausschüsse des Bezirks und den weiteren Vertretern, die von diesen Ausschüssen je nach der Zahl der in der Gemeinde bei den letzten Reichstagswahlen abgegebenen Zentrumsstimmen zu wählen sind, und zwar ein Vertreter bei mehr als 100 Stimmen, zwei Vertreter von mehr als 300 Stimmen, drei bei mehr als 500 Stimmen, vier bei mehr als 700 Stimmen, fünf bei mehr als 1000 Stimmen. Wenn bei der letzten Wahl mit Zustimmung des Landesausschusses ein Zentrumskandidat nicht aufgestellt war, setzt der Landesausschuß die Zahl der Vertreter fest.

§ 5. Der Reichstagswahlausschuß wird aus den Mitgliedern der Landtagswahlausschüsse des Wahlkreises gebildet. Seine Hauptaufgabe ist die Bezeichnung des Reichstagskandidaten.

§ 6. Dem Landesausschuß steht die oberste Leitung der oldenburgischen Zentrumspartei zu, insbesondere die Vorbereitung der Wahlen zum Landtage und Reichstage, damit hierbei die allgemeinen Interessen gewahrt werden unbeschadet des den zuständigen Wahlausschüssen verbleibenden Rechts zur endgültigen Aufstellung der Kandidaten, ferner die Führung der Verhandlungen mit anderen Parteien und auswärtigen Zentrumsorganisationen. Von den Landtags- und Reichstagswahlausschüssen dürfen mit anderen Parteien Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen nur mit Genehmigung des Landesausschusses getroffen werden. Vor Einleitung der Verhandlungen soll dem Landesausschuß wenigstens Kenntnis gegeben werden.

Dieser hat die Entscheidung über alle zwischen einzelnen Parteiorganisationen oder in diesen etwa entstehenden Meinungsverschiedenheiten sowie über alle Zweifel hinsichtlich der Handhabung und Auslegung der Bestimmungen dieser Satzung vorbehaltlich der Berufung an den nächsten Vertretertag, der die Entscheidung des Landesausschusses außer Kraft setzen kann.

Der Landesausschuß besteht

1. aus den Vorsitzenden, bei deren Behinderung den Schriftführern der Landtagswahlausschüsse der Wahlkreise 17 bis 22 (Aemter Vechta, Cloppenburg und Friesoythe) und je einem gemeinsamen Vertreter für die Wahlkreise 1 bis 3 (Stadt und Amt Oldenburg), 4 bis 17 (zweiter Reichstagswahlkreis), 13 bis 16 (Stadt und Amt Delmenhorst und Wildeshausen), 23 und 24 (Fürstentum Lübeck), 25 bis 29 (Fürstentum Birkenfeld);

2. aus je einem weiteren Vertreter der unter Ziffer 1 genannten Bezirke in denen bei der letzten allgemeinen Reichstagswahl mehr als 1200 Stimmen, je zwei weiteren Vertretern der Bezirke, in denen mehr als 2400 Stimmen, je drei weiteren Vertretern der Bezirke, in denen mehr als 3600 Stimmen für den Zentrumskandidaten abgegeben werden.

§ 7. Jeder Ausschuß ist berechtigt, sich durch Zuwahl um ein Drittel seiner Mitgliederzahl zu verstärken und zur Verhandlung über einzelne Punkte ihm nicht angehörende Personen mit beratender Stimme zuziehen.

§ 8. Die zur Parteikasse zu leistenden Beiträge und die aus Anlaß einer Reichstagswahl erwachsenden Kosten werden auf die Landtagswahlkreise, die im Landtagswahlkreise aufzubringenden Beiträge auf die Gemeinden von den zuständigen Vorständen nach der Zahl der von den Landtagswahlkreisen und den Gemeinden zu entsendenden Vertreter verteilt, unter billiger Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Bezirke und der aus ihnen eingegangenen freiwilligen Zahlungen.

Die Höhe der zur Parteikasse aufzubringenden Summen wird vom Vertretertage, die Höhe der zur Wahlkreiskasse aufzubringenden Beträge vom Wahlausschusse festgesetzt.

Anm. Zu § 3 und § 7 sei noch bemerkt, daß man zweckmäßig an den bisherigen Ausschußmitgliedern festhält, soweit sie Mitglieder bleiben wollen und zu tätiger Mitarbeit bereit sind. Man mache aber von dem Rechte der Zuwahl, die tunlichst in öffentlicher Versammlung vorzunehmen ist, ausgiebigen Gebrauch, damit auch die aus dem Felde heimkehrenden Krieger und die jüngeren Männer vom 20. Jahre an im Ausschuß vertreten sind, und wähle außerdem eine entsprechende Anzahl Frauen hinzu, so daß diese mindestens ein Drittel des Gesamtausschusses bilden. Nötigenfalls stelle man noch Vertrauenspersonen mit beratender Stimme auf, damit jeder Stand und jede Ortschaft gebührend vertreten sind.

Was wird aus dem oldenburgischen Münsterland?

Als Beratungsgegenstand in den politischen Versammlungen dürfte auch die Frage der neuen Staatenbildung in Deutschland heranzuziehen sein; denn, wie in dieser Zeitung schon wiederholt betont ist, durch die Lösung dieser Frage würden auch die Interessen Oldenburgs und besonders des oldenburgischen Münsterlandes berührt werden. Wenn es zu einer Errichtung der rheinisch-westfälischen Republik kommt, sollen wir uns ihr anschließen oder nicht? Diese Frage muß letzten Endes vom Volke entschieden werden. Gewiß verknüpfen uns starke Bande mit Altoldenburg. Aber legen uns die immer wiederkehrenden Angriffe auf unsere heiligsten Güter, auf Kirche und christliche Schule, nicht die ernste Pflicht auf, uns von unsern jetzigen Landsleuten zu trennen, schweren Herzens vielleicht, aber der Not gehorchend? Nicht bloß, daß die sog. kom Dieckschen Anträge mitten in den Nöten des Krieges wie ein Faustschlag auf uns herniedersausten, sondern auch jetzt wieder, wo doch dem deutschen Volke das Messer an der Kehle sitzt, findet der evangelische Landeslehrerverein Zeit und Lust, mit seinen Lieblingsforderungen von Trennung zwischen Kirche und Staat, Reformierung des Religionsunterrichts in der Schule im Sinne eines bloßen Geschichtsunterrichts usw. hervorzutreten. Wenn dem schon jetzt so ist, was wird geschehen, wenn diese Kreise das Szepter völlig in der Hand haben? Bisher hatten wir eine gewisse Stütze an unserem Herrscherhause und an den zum Teil konservativ gesinnten Beamten, demnächst werden wir ohne Schutz dastehen. **Wir aber fordern und verlangen endlich Ruhe vor diesen immer wiederkehrenden Angriffen.** Wollen und können uns unsere nordoldenburgischen Landsleute irgend welche sicheren Garantien nach dieser Seite hin geben? Darum ist weiser für uns die Frage, die in jedem Kreise, in jeder Familie behandelt werden muß: Können wir Oldenburger bleiben, oder machen die drohenden Gefahren für unsere heiligsten Güter, besonders für die christliche Schule und Familie, es uns zur Gewissenspflicht, uns gegebenenfalls von unseren jetzigen Landsleuten zu trennen und uns an unsere alten Stammesangehörigen und früheren Landsleute, an Westfalen und das Rheinland, anzuschließen?

Zu dieser Frage erhalten wir auch folgende Zuschrift:

Was soll aus Oldenburg werden? Diese Frage ist namentlich für den katholischen Teil unseres Landes von besonderer Bedeutung. Es besteht wohl kein Zweifel mehr darüber, daß das Kartenbild unseres deutschen Vaterlandes und darüber hinaus über kurz oder lang anders als bisher aussehen wird, daß gewisse Landesteile, die in ihren Interessen, in ihrer geschichtlichen Entwicklung usw. sich vor jeher als zusammengehörend betrachteten, sich nach Möglichkeit zu einem Ganzen zusammenschließen werden, um sich dann allesamt unter eine gemeinsame Reichsleitung (ähnlich wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika) zu stellen. Von diesem Gedanken ausgehend, liegt es wohl auf der Hand, daß der südliche Teil Oldenburgs, das oldenburgische Münsterland, seine Blicke nach Westfalen richtet. Mit Recht. Ein Anschluß nach Norden erscheint uns Katholiken aus berechtigten Gründen nicht willkommen. Der Angliederung des oldenburgischen Münsterlandes an die geplante „Rheinisch-Westfälische Republik" scheinen zwar insofern Hindernisse entgegenzutreten, als sich ein hannoverscher Landstrich, der sich nicht ohne weiteres von dem alten Hannover, das neu aufzuleben beginnt, trennen lassen wird, zwischen Oldenburg und Westfalen schiebt. Dies kann indes kein Grund sein, den Plan der Einverleibung Südoldenburgs in die neue westfälische Republik aufzugeben. Wie stellt man sich dort zu dieser Frage? Es erscheint dringend wünschenswert, hierzu Stellung zu nehmen. Wie wäre es, wenn diese Angelegenheit auf den in den nächsten Wochen zu erwartenden Volksversammlungen näher besprochen würde?

Aus dem oldenburgischen Münsterlande.

Vechta, 11. Dez.

— **Die große Zahl der Versammlungen**, die demnächst überall stattfinden, verlangen ebensoviel rednerische Kräfte, selbst wenn man sich, was geboten erscheint, mit einem Hauptredner begnügt. Glücklicherweise finden sich in vielen Bezirken gute Redner, die bereitstehen. Viel mehr andere Bezirke denken jedoch nicht an Selbsthilfe, sondern schreiben an Parlamentarier und sonstige weithin bekannte Redner, insbesondere auch an die Zentralstelle des Volksvereins. Naturgemäß können alle diese der Ueberfülle der Anforderungen nicht gerecht werden. Daher die dringende Bitte, zunächst und nach Möglichkeit Redner vom Orte gewinnen aus der Zahl der Geistlichen, Lehrer, Beamten sowie aus den führenden Vertretern der verschiedenen Berufsstände. Man möge alle diese zum Teil noch sich zurückziehenden Kräfte anregen, sammeln und ihnen, wenn möglich, auf Bezirkskonferenzen Gelegenheit zur Schulung und gegenseitigen Förderung geben. Literatur kann u. a. aus den Schriften oder der Bibliothek der Zentralstelle des Volksvereins, durch aufmerksame Verfolgung der Tagespresse und sonstiger zeitgemäßen Literatur gewonnen werden. Innerhalb eines Bezirks können die Redner planmäßig ausgetauscht werden. Auf diese Weise wird es möglich, bis in das letzte Dörfchen und in die äußersten Stadt- und Industriebezirke hinein zeigemäße Versammlungen zu veranstalten, ohne daß sie am Rednermangel zu scheitern brauchen. Selbsthilfe ist zumal bei den heutigen Verkehrsschwierigkeiten und dem großen Bedarf für jeden Bezirk eine Notwendigkeit, aber auch Ehrensache.

— **Theater der Feldgrauen. Vechta.** Auch dem zweiten Bunten Theater-Abend am Samstag, welcher sehr stark besucht war, war wieder ein voller Erfolg beschieden. Vorab seien die Leistungen der Vechtaer Gymnasialkapelle sowie des Feldgrauen-Streichorchesters erwähnt, deren musikalische Darbietungen wieder allseitigen Beifall fanden. Außer dem Theaterstück „Die Stadtratswahl", sowie den humoristischen Darbietungen des Herrn Jean Gehler ernntete der jugendliche Vortragskünstler mit seinen Rezitationen vielen und verdienten Beifall. Mit dem Melodram „In Sturmes Not" sowie dem Gedicht „Die Heldin" hatte sich Herr Hans Keubgen eine beträchtliche Aufgabe gestellt, die er aber dank seiner künstlerischen Fähigkeiten bestens löste.

— **Kauft nichts von Soldaten.** In letzter Zeit sind von Soldaten und sonstigen nicht dazu befugten Militärpersonen Pferde, Decken, Waffen, Munition, Uniformstücke und andere militärische Ausrüstungsgegenstände verkauft worden. Vor solchem Ankauf kann nur dringend gewarnt werden. Der Käufer macht sich als Hehler mitschuldig und wird mit Gefängnis gemäß den Bestimmungen des Strafgesetzbuches bezw. der Strafprozeßordnunge bestraft, soweit nicht seine standrechtliche Aburteilung in Frage kommt.

— **Herr Oekonomierat Lohaus** wird in der am nächsten Sonntag, 15. Dezember, nachmittags 4½ Uhr hier bei Schäfers stattfindenden Landwirtschaftsversammlung einen Vortrag halten über landwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Zeitfragen unter Berücksichtigung der Neugestaltung der Verhältnisse. In der heutigen ernsten Zeit ist es sehr wichtig, daß jeder Landwirt dieser Versammlung beiwohnt.

— **Personalie.** Regierungsassessor Ostendorf in Vechta, früher in Nordenham, ist als Hilfsbeamter an das Amt Vechta versetzt worden.

⊙ **Bakum**, 9. Dez. Nachdem der Hauptlehrer Backhaus in Carum vom Heeresdienst entlassen ist, übernimmt er demnächst wieder seine Schulstelle in Carum.

⊙ **Visbek**, 9. Dez. Lehrer Georg Fortmann aus Vechta, bislang beim Militär, ist zum 12. Dezember mit der Unterrichtserteilung in der Knaben-Oberklasse in Visbek beauftragt. Hauptlehrer Moorkamp unterrichtet alsdann nur noch seine Schule in Hogenbögen.

⊙ **Langförden**, 9. Dez. Der aus dem Heeresdienst zurückgekehrte Lehrer Hachmöller in Langförden ist zum 15. Dezember mit der Verwaltung der Hauptlehrerstelle in Holtrup beauftragt.

Ahlhorn, 8. Dez. **Die Ententekommission** weilte gestern in Ahlhorn, wo sie die Luftschiffanlagen eingehend besichtigte. Der Aufenthalt währte 2½ Stunden. Namentlich die Amerikaner legten für die Luftschiffhallen großes Interesse an den Tag. Das Auftreten der Kommission war zunächst etwas förmlich, doch trug es später einen mehr kameradschaftlichen Charakter.

Cloppenburg, 10. Dez. Das Amt weist erneut darauf hin, daß spätestens 2 Tage vor der Schlachtung dem Fleischbeschauer davon Mitteilung zu machen ist, wann (zu welcher Stunde) die Beschau vorgenommen werden kann. Die für die einzelnen Bezirke festgesetzten Schlachttage sind unbedingt einzuhalten.

⊙ **Cloppenburg**, 9. Dez. Hauptlehrer Thöle in Bahren ist von der Verwaltung der Schule in Ambühren entbunden. Zum 10. Dezember ist der vom Militär zurückgekehrte Lehrer Ed. Kramer aus Dümmerlohausen mit der Verwaltung der Hauptlehrerstelle in Ambühren beauftragt worden.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 11. Dez.

h. **Unserem Bericht über die evangelische Landessynode** können wir noch nachfügen, daß die von der Synode am Freitag voriger Woche gewählten Mitglieder einen ständigen Synodalausschuß bilden sollen, der durchaus selbständig arbeitet und dem Oberkirchenrat nicht zugeordnet ist. Dadurch ist die Selbstverwaltung der evangelischen Landeskirche eingeführt, wie sie kein Bundesstaat des Reiches besitzt. Der Ausschuß wird auch über Beschwerden gegen den Oberkirchenrat zu entscheiden haben.

(—) **Geh. Oberkirchenrat Ramsauer †.** In hohem Alter verschied nach einem langen, arbeitsreichen Leben der Geh. Oberkirchenrat Ramsauer, der Aelteste seiner im Oldenburger Lande so zahlreich vertretenen Familie.

h. **Das Artillerie-Regiment Nr. 25** traf hier gestern gegen 3 Uhr nachmittags aus dem Felde über Osternburg ein und bezog Quartiere in der Infanteriekaserne am Pferdemarktplatz. Sämtliche Pferde und Wagen des Regiments waren mit Fahnen und Tannengrün festlich geschmückt. Auffallend war es, daß im ganzen Zuge keine rote Fahne, sondern nur die deutsche Reichsflagge zu sehen war. Das Regiment hat noch keinen Soldatenrat gewählt, sondern marschierte mit seinen bisherigen Offizieren an der Spitze in die Stadt ein. Die Ersatzkapelle des Infanterie-Regiments, sowie die Oldenburger Schuljugend waren dem Regiment bis Osternburg entgegengegangen und begleiteten es in die Stadt. In den Straßen wohnte eine dichtgedrängte Menschenmenge dem Einzuge bei. Das Regiment wird heute und morgen demobilisieren und die Truppen entlassen. Das Dragoner-Regiment wird am Freitag und das Infanterie-Regiment Nr. 91 am Sonntag oder Montag erwartet.

h. **Den eifrigen Bemühungen unserer Behörden** ist es erfreulicherweise gelungen, die Versorgung unserer Industrien des Landes mit Kohlen sicherzustellen. Die frühere Kaiserliche Werft in Wilhelmshaven und die Midgard-Gesellschaft in Nordenham haben hierfür reichliche Kohlenvorräte zur Verfügung gestellt. Die Industriewerke können dadurch ihren Betrieb aufrecht erhalten. Weiter ist es gelungen, größere Karbidsendungen für unsere ländliche Bevölkerung zu bekommen. Das Karbid soll in erster Linie an die Handwerker und Landwirte verteilt werden, die keine Beleuchtungsmittel haben.

Vorsicht bei seucheverdächtigen Pferden.

N. **Oldenburg**, 6. Dezember.

Bei der Demobilisierung unserer Truppen kommt eine große Anzahl Pferde unmittelbar von der Front in das Oldenburger Land und wird auf die verschiedenen Aemter verteilt. Zur Verhütung der Verschleppung von Tierseuchen durch die Truppenpferde bei der Demobilmachung sind vom Kriegsministerium strenge Schußmaßnahmen getroffen worden. Allgemein ist angeordnet worden, daß die seuchenkranken und seucheverdächtigen Pferde möglichst den Heimatpferdelazaretten zugeführt werden. Alle seuchenkranken und seucheverdächtigen, sowie seuchenansteckungsverdächtigen Pferde, die voraussichtlich nicht wieder arbeitsverwendungsfähig werden, sollen getötet und das Fleisch, wenn genußtauglich, verwertet werden. Zur Verhütung der Seuchenverschleppung sind für die einzelnen hauptsächlich in Betracht kommenden Seuchen noch besondere Schutzmaßnahmen angeordnet.

Da sich bei der erforderlichen raschen Demobilmachung die angeordneten Schutzmaßnahmen nicht immer genügend durchführen lassen, bleibt eine große Gefahr der Einschleppung von Tierseuchen für unseren Pferdebestand bestehen, besonders durch Tiere, welche angesteckt sind und noch keine Krankheitserscheinungen zeigen. Es heißt daher für jeden Pferdebesitzer: Schütze deinen Bestand nach Möglichkeit selbst.

Die Aemter haben dafür zu sorgen, daß die Truppenpferde für die kurze Zeit der Demobilmachung möglichst in großen Räumen, leerstehenden Schuppen, Ziegeleien, großen Wirtsstallungen usw. untergebracht werden, in denen eine Berührung mit den Pferden der Zivilbevölkerung ausgeschlossen ist.

Erweist es sich aber als notwendig, daß Truppenpferde in Gehöften aufgenommen werden müssen, so müssen sie möglichst in Scheunen und Stallungen, die getrennt von dem Pferdestall des Eigentümers liegen, eingestellt und jede direkte und indirekte Berührung mit den Zivilpferden streng vermieden wird. In kleineren Gehöften, in welchen eine solche Trennung nicht durchzuführen ist, sollten möglichst keine Truppenpferde eingestellt werden.

Sollte unter den Truppenpferden eine ansteckende Krankheit auftreten, so müssen die kranken Tiere sofort aus dem Gehöft entfernt und in bereitzustellende Krankenställe oder ein Heimatlazarett überführt werden.

Alle Stallungen und anderen Räume, in welchen Militärpferde gestanden haben, sind nach Beendigung der Demobilmachung zu reinigen und zu desinfizieren.

Beim Ankauf von Truppenpferden ist dringend zu raten, sie in den ersten 4 bis 6 Wochen getrennt von den übrigen Pferden zu halten und sie genau zu beobachten. Beim Auftreten irgendwelcher seuchenverdächtigen Erscheinungen ist sofort der zuständige Amtstierarzt zu benachrichtigen. Dem Besitzer entstehen hierdurch, auch wenn sich der Seuchenverdacht nicht bestätigt, keine Unkosten.

Der Landes-Obertierarzt.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Vechta. Druck und Verlag: Vechtaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Vechta.

Landesbibliothek Oldenburg

Amt. Vechta, den 27. November 1918.

Bekanntmachung.

Bei der diesjährigen Hauptkörung der Ziegenböcke im Amtsbezirk Vechta sind

a) angekört:

In der Gemeinde Vechta.

1. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Vechta, geb. 10. 4. 1914,
2. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Vechta, geb. 3. 4. 1918,
3. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Vechta, geb. 5. 4. 1918,
4. der Ziegenbock des Aug. Lagemann, Vechta, geb. 20. April 1918,
5. der Ziegenbock des Aug. Lagemann, Vechta, geb. 10. April 1918,

In der Gemeinde Goldenstedt.

1. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Goldenstedt, geb. 18. 3. 1914,
2. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Goldenstedt, geb. 26. 4. 1918,
3. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Goldenstedt, geb. 23. 3. 1918,
4. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Goldenstedt, geb. 28. 3. 1918.

In der Gemeinde Visbek.

1. der Ziegenbock des Heinr. Rohe, Visbek, geb. 3. März 1918.

In der Gemeinde Lohne.

1. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Lohne, geb. 12. Juni 1916,
2. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Lohne, geb. 10. März 1917.
3. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Lohne, geb. 12. März 1918.
4. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Lohne, geb. 3. April 1918.

In der Gemeinde Dinklage.

1. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Dinklage, geb. 4. 3. 1917,
2. der Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Dinklage, geb. 10. 4. 1917,
3. der Ziegenbuck des Ziegenzuchtvereins Dinklage, geb. 14. 4. 1918.

In der Gemeinde Steinfeld.

1. der Ziegenbock des Ferd. Nieberding, Steinfeld, geb. 14. 3. 1918.

In der Gemeinde Damme.

1. der Ziegenbock des G. Kolem, Damme, geb. 4. April 1918,
2. der Ziegenbock des G. Kolem, Damme, geb. 20. Mai 1918,
3. der Ziegenbock des G. Kolem, Damme, geb. 20. März 1918,
4. der Ziegenbock des Brühne, Damme, geb. 7. April 1918.

In der Gemeinde Neuenkirchen.

1. der Ziegenbock der Ww. Petersen, Neuenkirchen, geb. 17. 3. 1914.

Bei der Prämienverteilung wurden folgenden Ziegenböcken Prämien zuerkannt:

in Klasse I Prämie 25 Mk.

dem Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Vechta (Wilson I),
dem Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Dinklage (Max III),
dem Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Dinklage (Wilson II);

in Klasse II Prämie 20 Mk.

dem Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Lohne (Philipp),
dem Ziegenbock der Ww. Petersen, Neuenkirchen (John Bull),
dem Ziegenbock der Frau Brune, Damme (Fritz II);

in Klasse III Prämie 10 Mk.

dem Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Vechta (Fritz III),
dem Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Vechta (Max I),
dem Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Goldenstedt (Max II),
dem Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Goldenstedt (Grey);

in Klasse IV Prämie 8 Mk.

dem Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Lohne (Moritz),
dem Ziegenbock des Ziegenzuchtvereins Lohne (Claus),
dem Ziegenbock des G. Kolem, Damme (Max III).

Kückens.

Das bei mir am 3. Jan 1918 gekaufte

Holz

muß bis zum 3. Januar 1919 weggeschafft sein, weil von da ab wegen Anpflanzung der Hof für das Abfahren gesperrt ist.

Zeller Joh. Tiemerding, Hausstette.

Kann vorläufig

keinen Hafer

zur Verarbeitung zu Grütze mehr annehmen.

A. Baumann,
Bühren b. Schneiderkrug.

Habe einen 5jährigen

Wallach

(Belgier), gutes Wagen- und Straßenpferd, zu verkaufen.

Bokener Mühle b. Lohne
Julius Aumann.

Zu verkaufen eine hochtragende, 4jährige

Wagenkuh,

schwarzbunt.

Anton Evers,
Krimpenfort b. Lohne.

---

2 Ferkel,

40 bis 50 Pfund schwer,

entlaufen.

Wiederbringer erhält Belohnung.

gr. Austing, Oldorf
bei Damme.

Ein paar noch gute

Stiefel

zu verkaufen.

Vechta, Mühlenstr. 3.

Empfehle

Ia Fischmehl

ab Lager Falkenrott.

D. Schröder,
Vechta.

Amt. Vechta, den 6. Dezember 1918.

Bekanntmachung.

Am

Mittwoch, dem 18. Dezember 1918,

vormittags sollen aus dem Revier Herrenholz öffentlich verkauft werden:

1. Auf der Abtriebsfläche in Hollwede, hinter dem Forsthause. (Nr. 500—601).
102,85 fm Eichen, schwere Sägeblöcke, Bau-, Werk-, Stellmacher- und Pfahlholz,
0,67 fm Hainbuchen, Drechslerholz,
98,70 fm Eichen- u. Hainbuchen-Derbbrennholz,
75,00 fm Eichen- und Hainbuchen-Reisig.

2. Auf der Abtriebsfläche im Kirchhoff. (Von Nr. 608 beginnend):
etwa 6 fm Eichen, Bau-, Werk- und Pfahlholz,
„ 35 fm Kiefern, schwere Sägeblöcke, Tischlerholz, Rammpfähle und Balken,
„ 20 fm Eichen- und Buchen-Derbbrennholz und Reisig.

Käufer versammeln sich vormittags 11 Uhr in Strahburg's Bahnhofswirtschaft in Goldenstedt.

Nähere Auskunft erteilt der Förster Andersen in Herrenholz, auch wird das Holz am Sonntag, dem 15. Dezember, 2 Uhr nachmittags und am Verkaufstage, 8 Uhr vormittags vom Forsthause im Herrenholz aus vorgezeigt.

J. V.: Ostendorf.

Ueber den 8 Stundentag bestehen auf dem Lande vielfach falsche bezw. unklare Auffassungen. Die Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit, wie sie vom Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung (Demobilmachungsamt) am 23. November bekanntgegeben ist, bezieht sich **nur auf die gewerblichen Arbeiter**, also hier auf dem Lande auf die in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben gewerblicher Art tätigen. Keinesfalls werden von dem Gesetz aber die in reinen landwirtschaftlichen Betrieben tätigen Arbeiter berührt, ebenso auch nicht die Saisonarbeiter; für diese gilt vorläufig die Neuregelung **nicht**, es bleiben vielmehr sämtliche frühere Vorschriften in Kraft.

Der Demobilmachungskommissar:
Professor Dr. Durstkoff.

Wahlen zur Nationalversammlung

Verordnung u. Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung mit Sachregister vorrätig.

Adolf Littmann, Oldenburg, Rosenstraße 42,
Buchdruckerei, Buchbinderei, Formularlager.
Fernruf 344.

Bekanntmachung.

Sämtliche in die vom Feinde besetzten oder noch zu besetzenden Gebiete einschl. Brückenköpfe entlassenen Heeresangehörigen müssen zur Vermeidung einer sofortigen Internierung im Besitze von vorschriftsmäßigen vom Ersatztruppenteil oder Bezirkskommando ausgestellten Entlassungspapieren sein. Die von den A.-S.-Räten ausgefertigten Entlassungspapiere werden von der Entente nur anerkannt, wenn sie von den deutschen Lokalbehörden als gültig bezeichnet sind. Die von den A.- u. S.-Räten Entlassenen müssen daher schleunigst sich von der nächsten deutschen Behörde im eigenen Interesse die erhaltenen Entlassungspapiere nochmals bescheinigen lassen. Außerdem hat nach Mitteilung der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa der französische General Needant trotz schriftlicher Vorstellungen entschieden, daß die verwundeten und kranken Militärpersonen, die sich in den Bädern der besetzten Gebiete und Brückenköpfe zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit befinden, innerhalb der Räumungsfrist die Bäder zu verlassen haben, wenn sie transportfähig sind.

Hannover, den 6. Dezember 1918.

Generalkommando 10. A.-K.
Abt. Demob. A.

Bekanntmachung.

An Stelle der bisherigen Inhaber der Butterverkaufsstellen treten vom Beginne der nächsten Dekade ab:

1. Johann Bojert, Bremertor,
2. Josef Aumann (Wergen), Mühlenstr.,
3. Josef Thöle, Großestr.,
4. Franz Fritzheim, gr. Kirchstr.,
5. Georg Langfermann, gr. Kirchstr.

Die Umschreibung der Verbraucher in die neuen Kundenlisten hat auf dem Rathause zu erfolgen

am Dienstag, dem 10. ds. Mts.:
morgens von 9—12½ Uhr für die Buchstaben A und B,
nachmittags von 3½—7 Uhr für die Buchstaben C—J einschl.,

am Mittwoch, dem 11. d. Mts.:
morgens von 9—12½ Uhr für die Buchstaben G—J einschl.,
nachmittags von 3½—7 Uhr für die Buchstaben K—Q,

am Donnerstag, dem 12. d. Mts.:
morgens von 9—12½ Uhr für die Buchstaben M—O einschl.,
nachmittags von 3½—7 Uhr für die Buchstaben P—S einschl.,

am Freitag, dem 13. d. Mts.:
morgens von 9—12½ Uhr für die Buchstaben T—Z.

Die Verbraucher haben die für sie bestimmten Termine unbedingt einzuhalten; nur dann kann die rasche Abfertigung erfolgen und ein übergroßer Andrang im Büro vermieden werden.

Vechta, 9. Dezember 1918.

Stadtmagistrat.

Arbeiter- u. Soldatenrat Goldenstedt.

Das Geschäftszimmer des A.- und S.-R. befindet sich in der Wirtschaft **Ww. Julius Hinners.**

Geschäftsstunden:
Sonntags von 12 bis 1 Uhr,
Dienstags von 6 bis 7 Uhr,
Donnerstags von 6 bis 7 Uhr.

Arbeiter- u. Soldatenrat Goldenstedt.
J. A.: Krone, Schriftführer.

Bei dem Wachtmeister Hellwig in Vechta werden Wagen, Taue, Segeltücher, Pferdedecken und ein Kutschpferdegeschirr aufbewahrt, die Leuten aus der Umgegend von Vechta gestohlen sein werden.

Die Gegenstände können besichtigt und nach Eigentumsnachweis abgeholt werden. Nr. 7444/18.

Oldenburg, den 3. Dez. 1918.

Der erste Staatsanwalt.

Danksagung.

Nachdem unsere Stadtkinder, die einen großen Teil des Jahres in manchen Orten des Kreises bei den Landwirten eine gastliche Aufnahme gefunden, nunmehr an Leib und Seele gestärkt zu ihren Eltern nach Duisburg zurückgekehrt sind, haben wir die angenehme Pflicht, den Pflegeeltern sowie allen andern Personen, die sich der Kinder in liebevoller Weise angenommen haben, im Namen der Eltern und unserer Kinder den besten und verbindlichsten Dank auszusprechen. Die freundliche Aufnahme und liebevolle Pflege auf dem Lande werden unsern Kindern für ihr ganzes Leben eine angenehme Erinnerung bleiben und in diesen schweren Zeiten, in denen alle auf einander angewiesen sind, auch zur dauernden innigen Verbindung zwischen Stadt und Land Veranlassung sein.

Möge Gott, der Vergelter alles Guten, allen Wohltätern mit zeitlichen und ewigen Gütern reichlich lohnen.

Die Stadt Duisburg
Dr. Jarres, Oberbürgermeister.

Die Ortsgruppe des Vereins für Landaufenthalt kath. Kinder.
Pfarrer Schlieker.

Doppelflinten,
Einkf. Flinten,
Selbstladepistolen,
Munition Cal. 7. 65,
Flobert,
Flobert-Munition,
Jagdpatronen
empfiehlt

H. Holtvogt,
Vechta.

Ein Paar kräftige, neue

Arbeits-Schuhe,

Nr. 39, zu verkaufen.

Vechta, Münsterstr. 4.

Wegen Anschaffung größerer Maschinen habe einen gebrauchten

Breitdrescher,

mit Reinigung, ganz durchrepariert, ferner 2 wenig gebrauchte, guterhaltene

Düngerstreuer

zum Verkauf am Lager.

Ludw. Bergmann,
Goldenstedt i. O.

Kaufe
mehrere Ladungen

gutes Heu.

Bitte um Angebot.

Goldenstedt (Bahnhof).

Arnold Meyer.

Habe

2 Pferde

zu verkaufen, 8 und 10 Jahre alt (Russen), auf Wunsch mit Geschirr, sowie einen belgischen

Wagen,

passend für schweres Fuhrwerk.

Kötter Stucke, Brockdorf.

---

2 Zugochsen,

2 und 3 Jahre alt, zuverlässig und fromm, stehen zum Verkauf.

Nähere Auskunft erteilt Franz Meyer, Damme.

Kaufgesuch.

Guter Käufer sucht auf sofort oder später kleine, ländliche

Besitzung

mit nettem Wohnhaus im südl. Oldenburg.

Angebote mit Preis unter Nr. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein nickelplattiertes

Pferdegeschirr,

fast neu, zu verkaufen.

Mühlenstr. 11, links.

Habe noch 8 Fach guterhaltene, fast neue

Fenster,

1,95 hoch, 1 Meter breit, mit Glas und Beschlag, zu verkaufen.

Josef Bußmann,
Osterdamme.

Knochenmehl

empfiehlt.

D. Schröder,
Vechta.

Gebrauchte

Geldkasette

zu kaufen gesucht.

4. Komp., Schreibstube Gesellenhaus.

---

50 000 Mk.

gegen mäßige Zinsen auf sichere Landhypotheken im ganzen und geteilt zu vergeben.

Bavendiek, Aukt.,
Wildeshausen.

Mobiliar-Verkauf.

Das Heide-Kommando Krimpenfort läßt am

Donnerstag, dem 12. Dezember d. J.,
nachmittags 2 Uhr beginnend,

2 Ackerwagen mit Aufzeug, 2 lederne Ochsengeschirre, 2 Futterkasten, 2 zweirädrige Handwagen, 2 Öfen mit Rohr, 1 Kochherd, 4 Töpfe, 1 Bratpfanne, 1 Mantelkessel, 3 Vorleger, 1 Feuerschüppe und Feuerhaken, 1 Kaffeekessel, 1 Kaffeesieb, 4 Eimer, 1 Torfkasten, 1 Kaffeemühle, 1 langen Tisch, 2 lange und 2 kurze Bänke, einen Posten Bretter, 1 Petroleumlampe, 4 Sturmlaternen und Karbidlampe, 5 Vorhängeschlösser, 1 eichen Tisch, 500 Meter Stacheldraht, 2 Kochkisten, außerdem 5000 Pfd. bestes Kuhheu

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Vechta, den 7. Dezember 1918.

Herm. Bröring,
amtl. Auktionator.

Holz-Verkauf.

Zeller Herm. Kamphaus in Langwege läßt

am Montag, dem 16. Dezember 1918,
mittags 1 Uhr,

an der Holdorf-Badberger Chaussee

60 bis 70 Nrn. dickes Birken- und Erlen-Brennholz

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Versammlung bei Pächter Hilgefort.
Käufer ladet freundlichst ein

Dinklage. Ostendorf, amtl. Aukt.

Holz-Verkauf.

Am Dienstag, dem 17. Dezember 1918,
nachmittags 1 Uhr, läßt Kötter Franz Staggenborg Ww. bei Dinklage

80 Nr. dickes Eichen-Bauholz,
80 Nr. Eichen-Suhlen,
30 Nr. Eichen-Brennholz

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Versammlung bei Staggenborgs Wohnhause.
Käufer ladet freundlichst ein

Ostendorf, amtl. Aukt.

Pferde-Verkauf.

Am Donnerstag, dem 12. Dezember,
vormittags 11 Uhr, werden bei der Entrahmungsstation am Bahnhof Dinklage

250 Militärpferde

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft.

Händler werden nicht zugelassen.

Nach dem Verkaufe findet der Verkauf von

Pferde-Geschirren

statt. Zahlung durch Kriegsanleihe ist gestattet.

Holz-Verkauf.

Die Gemeinde Holdorf läßt am

Donnerstag, dem 12. Dezember d. J.,
nachmittags pünktlich 1 Uhr anfangend,

70—80 Nummern Erlen,

für Holzschuhmacher, auf dem Gemeindeplacken bei Häusler Harpenau zu Handorf und

300—350 Nummern Tannen,

zu Bauholz und Bremholz am Langenberge an der Holdorf-Dammer Chaussee

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Käufer ladet ein H. Wiegel.
Holdorf, den 4. Dezember 1918.

Holz-Verkauf.

Die Gemeinde Holdorf läßt am

Samstag, dem 14. Dezember d. J.,
vormittags 9 Uhr anfangend,

200 bis 300 Nrn. Tannen,

zu leichtem Bauholz und Bremholz, an dem Holdorf-Granddorfer Wege

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Käufer ladet ein H. Wiegel.
Holdorf, den 4. Dezember 1918.

Kainit u. Kali

ist stets auf Lager.

Vechta und Schneiderkrug.

D. Schröder.

Landesbibliothek Oldenburg